IWH
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Konjunktur aktuell

3/2024
5. September 2024, 12. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH S. 94

Moderate Expansion in der Welt – Deutschland weiter in der Stagnation

Das zuletzt moderate Tempo der Weltkonjunktur wird sich zunächst fortsetzen. In Europa dürfte sich die Konjunktur ab dem Winterhalbjahr 2024/2025 leicht beleben. In Deutschland sorgt vor allem das schleppende Exportgeschäft für mangelnde wirtschaftliche Impulse. Doch der private Konsum wird im Winterhalbjahr zu einer leichten Erholung der Konjunktur beitragen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2024 stagnieren und im Jahr 2025 um 1,0% zulegen.

Konjunktur aktuell: Moderate Expansion in der Welt – Deutschland weiter in der Stagnation

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Zum Ende des Sommers 2024 deutet vieles darauf hin, dass sich das zuletzt moderate Tempo der Weltkonjunktur erst einmal fortsetzen wird. Zwar haben Sorgen um die Konjunktur in den USA Anfang August zu heftigen Turbulenzen auf den Finanzmärkten geführt, kurz darauf haben aber positive Neuigkeiten die Märkte wieder beruhigt. Im September dürften die US-Notenbank und die Europäische Zentralbank ihre Leitzinsen senken. Die Finanzpolitik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zwar leicht restriktiv ausgerichtet, der Restriktionsgrad dürfte sich aber verringern. Der längere Zeit über stagnierende Welthandel mit Waren hat seit dem Frühjahr wieder ein wenig zulegt. Allerdings dürfte die Binnennachfrage in China schwach bleiben und in den USA dürfte das Expansionstempo nachlassen, das Risiko einer Rezession ist aber nicht allzu hoch. Die europäische Konjunktur dürfte sich ab dem Winterhalbjahr 2024/25 leicht beleben.

Im zweiten Quartal 2024 ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt leicht gesunken. Seit nunmehr zwei Jahren stagniert die Produktion in etwa auf dem Niveau von kurz vor Ausbruch der Pandemie. Besonders ausgeprägt ist die Schwäche der Bruttoanlageinvestitionen. Dass weniger Investitionen getätigt werden, dürfte zu einem Gutteil am schleppenden Exportgeschäft liegen. Der deutsche Anteil an den weltweiten Warenexporten ist seit der Zeit vor Pandemieausbruch deutlich gesunken. Für die deutsche Wirtschaft ist es ein erheblicher Einschnitt, wenn die wirtschaftlichen Impulse nicht mehr von Erfolgen des Exportsektors kommen. Dass die Sparquote der privaten Haushalte erneut etwas gestiegen ist, geht wohl vor allem auf Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft zurück. Allerdings steigen die realen Arbeitnehmereinkommen aufgrund der recht hohen Lohn- und der weiter nachlassenden Preisdynamik. Deshalb dürfte ein wieder aufwärtsgerichteter privater Konsum im Winterhalbjahr zu einer leichten Erholung der Konjunktur beitragen.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2023 bis 2026

	2023	2024	2025	2026
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	–0,3	0,0	1,0	1,4
darunter: Ostdeutschland[1]	0,7	0,3	0,9	1,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	0,4	0,2	–0,1	0,1
Tariflöhne je Stunde	3,6	4,7	2,7	2,9
Effektivlöhne je Stunde	6,6	4,8	3,3	2,9
Lohnstückkosten[2]	6,7	4,9	2,5	1,6
Verbraucherpreisindex	5,9	2,3	2,4	2,2
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	46 011	46 178	46 238	46 284
Arbeitslose[3]	2 609	2 773	2 845	2 851
in %				
Arbeitslosenquote[4]	5,7	6,0	6,1	6,1
darunter: Ostdeutschland[1]	7,2	7,5	7,6	7,6
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	–2,6	–2,0	–1,7	–1,6
Leistungsbilanzsaldo	6,2	7,0	6,9	6,9

[1] Ostdeutschland einschließlich Berlin. – [2] Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – [3] Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – [4] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

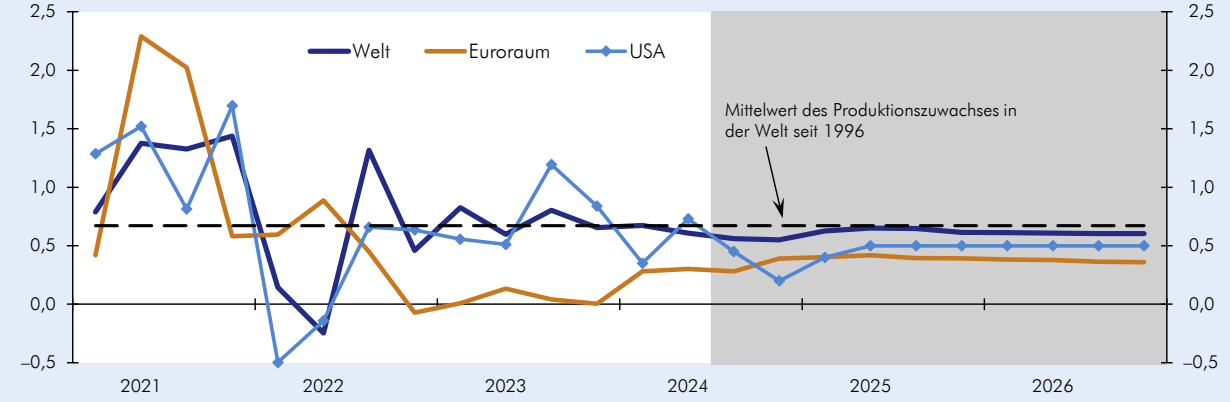
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH (Stand: 04.09.2024).

* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schultz, Birgit; Zeddies, Götz.

Weltwirtschaft: weiter auf moderatem Expansionskurs

Zum Ende des Sommers 2024 deutet vieles darauf hin, dass sich das zuletzt moderate Tempo der Weltkonjunktur erst einmal fortsetzen wird. In den ersten beiden Quartalen des Jahres expandierte die Produktion in den USA wie im Euroraum in etwa mit den jeweiligen Potenzialraten, im Euroraum nämlich um jeweils 0,3% und in den USA um etwa ½%, wobei dort der Zuwachs wegen Schwankungen im Lageraufbau im ersten Quartal etwas schwächer und im zweiten etwas stärker ausfiel. In China verlor die Konjunktur an Schwung: Mit einem Rückgang des Konsumentenvertrauens ging eine Verlangsamung der Produktionsdynamik von 1,5% im ersten Quartal auf 0,7% im zweiten einher (vgl. Abbildung 1). Weltweit schwächte sich die Preisdynamik im ersten Halbjahr weiter ab, die Verbraucherpreisinflation liegt aber in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften vielerorts noch oberhalb der geldpolitischen Zielraten (in der Regel 2%), in den USA im Sommer bei etwa 3% und im Euroraum bei 2½%. Dabei wird die Dynamik anders als zuvor kaum noch von den Preisen für Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energie bestimmt. So ist der Erdölpreis gegenwärtig mit etwas über 80 US-Dollar (Brent) etwa so hoch wie Anfang 2023. Stattdessen sind in den USA wie im Euroraum die Dienstleistungen die Haupttreiber der Inflation, und dahinter steht vor allem eine recht kräftige Lohndynamik: Nach Daten der Jobbörse indeed dürften die Löhne in beiden Wirtschaftsräumen das gesamte Jahr über mit Jahresraten von 3 bis 4% zulegen. Trotzdem ist die Verbraucherpreisinflation im Sommer in den USA – begünstigt durch steigende Arbeitsproduktivität – weiter etwas gesunken, im Euroraum im vergangenen halben Jahr allerdings nicht mehr.

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; ab dem 2. Quartal 2024 Schätzung und Prognose des IWH.

Es sind nicht die aktuellen Entwicklungen der Verbraucherpreise gewesen, welche den August über die geldpolitischen Aussichten verschoben haben. Ausschlaggebend waren heftige Turbulenzen auf den Finanzmärkten. In der Woche um den 1. August brachen die Aktienkurse weltweit ein, so ging der MSCI-Weltindex um 5% zurück, und die impliziten Volatilitäten für die großen Aktienindizes schossen von niedrigen Niveaus aus in die Höhe, der VIX-Index für die erwartete Volatilität des amerikanischen S&P500 auf etwa das Niveau nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine 2022. Die Märkte rechneten mit rascheren Leitzinssenkungen, und auch die Kapitalmarktrenditen gaben weltweit nach (für US-Staatstitel mit zehnjähriger Laufzeit um 50 Basispunkte). Ursache waren vor allem Sorgen um ein Abgleiten der US-Wirtschaft in eine Rezession. Schon in den Wochen zuvor waren die Bewertungen der großen Tech-Werte deutlich zurückgegangen, vor allem, weil vielfach die Vermutung aufkam, dass die hohen Gewinnerwartungen im Zusammenhang mit der Nutzung Künstlicher Intelligenz übertrieben seien. Anfang August wurden dann für die USA eine steigende Arbeitslosenquote (auf 4,3% im Juli, von 3,7% zu Jahresanfang) und enttäuschende Beschäftigungszahlen gemeldet, und zugleich erhöhte die Bank von Japan überraschend ihren Leitzins (auf 0,25% und damit das erste Mal seit dem Jahr 2008 auf über 0,1%). Die folgende abrupte Aufwertung des Yen dürfte die Welle an Verkäufen amerikanischer Aktien kurzfristig verstärkt und die Nervosität erhöht haben. Denn Investoren hatten sich bedeutende Summen zu niedrigen Zinsen in Yen geliehen und dafür US-Wertpapiere gekauft (*carry trades*). Der Fall der Kurse und die Höherbewertung der Yen-Kredite zwangen zu raschen Verkäufen, um mit deren Erlösen die Kreditgeber vor Verlusten sicherzustellen (*margin calls*). Aber schon Mitte August hat die Veröffentlichung recht

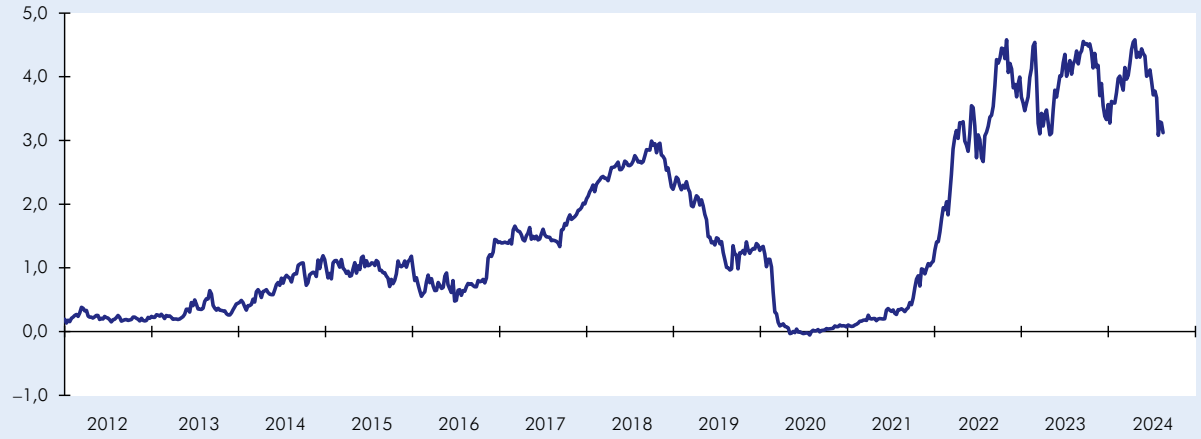
starker Einzelhandelsdaten der USA für Juli die Sorgen um eine harte Landung der US-Konjunktur wieder deutlich sinken lassen. Anfang September sind die Aktienkurse wieder etwa auf dem Stand von vor den Turbulenzen, und die impliziten Volatilitäten sind zurück auf einem normalen Niveau.

Die hohe Labilität der Kapitalmärkte erklärt sich zum Teil aus der zuletzt noch einmal gestiegenen Bedeutung der US-Konjunktur. Weil sowohl die Wirtschaft Chinas als auch die europäischen Volkswirtschaften schwächeln, würde ein wirtschaftlicher Einbruch in den USA die globale Konjunktur wohl besonders hart treffen. Die Labilität hängt aber auch mit der großen Unsicherheit über die zukünftige US-Geldpolitik zusammen: An Zinsswapgeschäften ablesbare Erwartungen über den Verlauf der Kurzfristzinsen schwanken nun schon seit zwei Jahren stark hin und her (vgl. Abbildung 2). Ein Grund für diese Unsicherheit ist darin zu finden, dass es so hohe Zinsniveaus wie gegenwärtig in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den vergangenen 15 Jahren nicht gegeben hat. Aktuell wird an den Kapitalmärkten für wahrscheinlich gehalten, dass die Leitzinsen in den USA und auch im Euroraum in diesem und im nächsten Jahr in mehreren Schritten gesenkt werden.

Abbildung 2

Erwarteter durchschnittlicher Tagesgeldsatz für US-Dollar

Gemessen zwischen den Zeitpunkten in 12 Monaten und in 24 Monaten



Quellen: Refinitiv; Berechnung des IWH (berechnet aus Overnight Index Swap Rates).

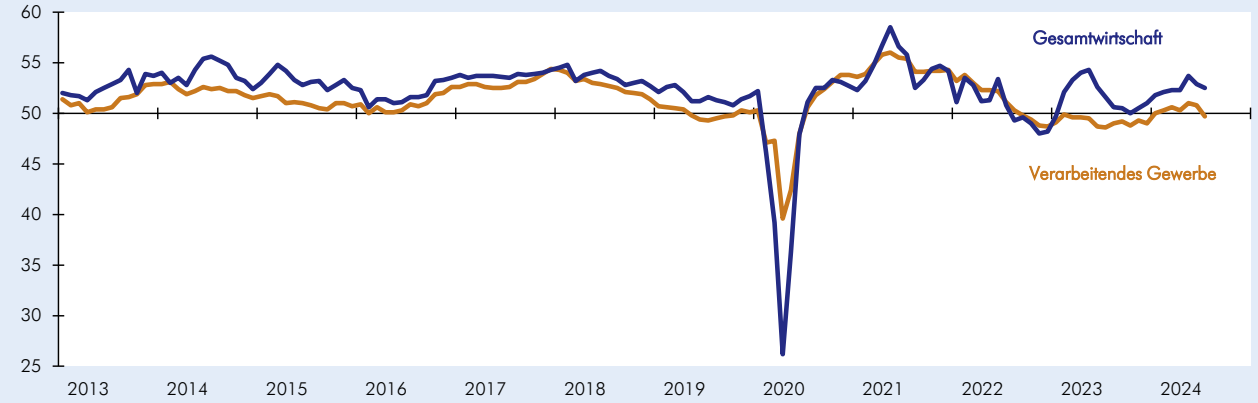
Für die nächste Zeit deuten die Zentralbanken ihre geldpolitischen Schritte allerdings schon recht deutlich an: Im September dürfte die US-Notenbank ihren Leitzins das erste Mal seit der Pandemie senken, auf eine Obergrenze der Zielrate von 5,25%. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird ihrem ersten Zinssenkungsschritt vom Juni im September wohl einen weiteren folgen lassen, auf dann 4% (Hauptfinanzierungssatz). Viele andere Zentralbanken haben ebenfalls schon mit einer Lockerung ihrer Geldpolitik begonnen, die chinesische im Sommer 2023, die Bank von England Anfang August dieses Jahres. In Japan dürfte der Leitzins bei nur wenig über 0% bleiben.

Die Finanzpolitik ist in diesem Jahr in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften restriktiv, auch wegen des Auslaufens von Maßnahmen zur Dämpfung der Energiekosten. Wenn dieser Effekt im kommenden Jahr keine Rolle mehr spielt, wird sich der Restriktionsgrad wohl verringern. Unter den Euroraumländern dürfte die Finanzpolitik vor allem in Italien und in Spanien im Jahr 2025 weniger restriktiv ausgerichtet sein als in diesem Jahr. In den USA würde eine Einlösung der Wahlversprechen sowohl der Demokraten als auch der Republikaner das hohe Defizit des Staathaushalts (von wohl etwa 7½% im Jahr 2024) sogar noch erhöhen.

Insgesamt lässt also der Restriktionsgrad vonseiten der Wirtschaftspolitik in den kommenden Quartalen nach. Für eine weltwirtschaftliche Belebung könnte sprechen, dass der Welthandel mit Waren, der seit Anfang 2023 stagniert hatte, seit dem Frühjahr wieder ein wenig zulegt, dank höherer Nachfrage aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, mit Ausnahme des Euroraums aber einschließlich Großbritanniens. Besonders gefragt sind chinesische Produkte. In China selbst lässt eine Belebung der Importnachfrage dagegen auf sich warten, weshalb die Frachtraten nach Ostasien weiter niedrig sind, während die Frachtraten für Routen von Ostasien nach Nordamerika und Europa steil angestiegen sind, seit der Suezkanal von Handelsschiffen gemieden wird. Chinas Binnennachfrage dürfte in diesem und im nächsten Jahr schwach bleiben, denn es gibt kaum Anzeichen dafür, dass sich die dortige Immobilienkrise bald auflösen wird. Vor allem auf eine Verschlechterung der Stimmung in China geht zurück, dass der globale PMI-Indikator für das

Unternehmensvertrauen zuletzt wieder gesunken ist (vgl. Abbildung 3). Auch in den USA dürfte das Expansionstempo etwas nachlassen, das Risiko einer Rezession ist aber weiterhin nicht allzu hoch. So erfolgte der jüngste Anstieg der Arbeitslosenrate von einem außerordentlich geringen Niveau aus. Er dürfte auch weniger mit Entlassungen als mit der hohen Zahl an arbeitssuchenden Zuwanderern zu tun haben. Im Euroraum außerhalb Deutschlands und auch in den großen Nachbarländern Polen und Großbritannien hat die Produktion in den vergangenen Quartalen etwas angezogen, und nach vorliegender Prognose wird Deutschland im Winterhalbjahr nachziehen. Insgesamt dürfte sich die europäische Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2024 und im Jahr 2025 leicht beleben.

Abbildung 3
Globale Geschäftslage nach dem Purchasing Manager Index
Indexwert (50 = keine Veränderung)



Quelle: S&P Global.

Alles in allem steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2024 um 2,7%, im Jahr darauf um 2,6% und im Jahr 2026 um 2,7% (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern ist dieses Jahr um 1,5% höher als 2023. Für 2025 wird eine Expansion des Handels von 2,4% und für 2026 von 2,3% prognostiziert. Die Inflationsraten dürften im Euroraum gegen Ende des Jahres 2024 in die Nähe der geldpolitischen Zielraten von 2% kommen, in den USA erst im Laufe des Jahres 2025.

Risiken für die Weltkonjunktur

Die Turbulenzen auf den Aktienmärkten Anfang August haben gezeigt, wie leicht die Finanzmärkte gegenwärtig zu verunsichern sind. Brächen die Aktienkurse nächstens ein, ohne sich gleich wieder zu erholen, könnten sich die Finanzierungsbedingungen insbesondere in den USA trotz der zu erwartenden Leitzinssenkung rasch verschlechtern. Schlimme Neuigkeiten als Auslöser eines solchen Einbruchs können jederzeit aus einem der geopolitischen Krisenherde kommen, sei es aus Osteuropa, dem Nahen Osten oder dem Meer vor der chinesischen Küste. Besondere Risiken birgt auch die politische Entwicklung in den USA. Nach den Wahlen im Herbst könnte die dortige Handelspolitik noch einmal erheblich protektionistischer werden. Auch ist denkbar, dass die von beiden politischen Lagern versprochene expansive Finanzpolitik das weltweite Vertrauen in die Werthaltigkeit von US-Staatstiteln unterminiert.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,10 US-Dollar/Euro. Der Index der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft liegt im Prognosezeitraum um etwa 2% unter dem in den vergangenen zwei Jahren. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2024 um 1,5%, im Jahr 2025 um 2,4% und im Jahr 2025 um 2,3% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren Hauptrefinanzierungssatz von gegenwärtig 4,25% auf 4% zu Jahresende 2024 und 3,25% im Schlussquartal 2025 senkt. Im Jahr 2026 beträgt der Hauptrefinanzierungssatz im Schnitt 2,8%. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 2024 bei 77 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei durchschnittlich 74 und im Jahr 2026 bei 71 US-Dollar.

Im Jahr 2024 ist die Finanzpolitik in Deutschland leicht restriktiv ausgerichtet. Zwar regen weitere Verschiebungen der Eckwerte beim Einkommensteuertarif im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes ebenso wie die Absenkung der Stromsteuer für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes die Nachfrage an. Zudem werden die Investitionen in die

Verkehrsinfrastruktur und in die Landesverteidigung erneut ausgeweitet, und diverse Maßnahmen im Pflegebereich und im Gesundheitswesen, etwa das Pflegepersonalstärkungsgesetz oder die Pflege- und die Krankenhausreform, sind mit staatlichen Mehrausgaben verbunden. Schließlich dürften die klimaschutzbezogenen Ausgaben des Staates spürbar zunehmen. So ist etwa nach der Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Januar 2023 aufgrund des starken Rückgangs der Strompreise mit deutlich höheren Ausgleichszahlungen des Staates an die Übertragungsnetzbetreiber für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen auszugehen (vgl. Tabelle A14). Dem stehen aber Minderausgaben des Staates vor allem durch das Auslaufen der Strom- und Gaspreisbremse zum Ende des Jahres 2023 gegenüber. Auch die temporäre Senkung der Umsatzsteuersätze in der Gastronomie und auf Gaslieferungen sind mittlerweile ausgelaufen, und die Lkw-Maut sowie die CO_2-Bepreisung wurden angehoben. Zudem führt der Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2024 zu staatlichen Mehreinnahmen, und die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 entfaltet im laufenden Jahr ihre volle Wirkung. Schließlich ist in dieser Prognose unterstellt, dass der Bund Konsolidierungsmaßnahmen ergreift, um die im Rahmen der Schuldenbremse maximal zulässige Nettokreditaufnahme einzuhalten. Alles in allem ergibt sich ein nachfragedämpfender Effekt in Höhe von 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2025 ist die Finanzpolitik erneut restriktiv ausgerichtet. Einerseits werden private Haushalte und Unternehmen durch geplante Änderungen am Einkommensteuertarif entlastet. Zudem soll das Kindergeld erneut erhöht werden, und das Wachstumschancengesetz entfaltet im kommenden Jahr seine volle Wirkung. Auch die Maßnahmen im Gesundheits- und Pflegebereich gehen dann erneut mit Mehrausgaben einher. Nachfragedämpfend wirken hingegen das Auslaufen der steuer- und beitragsfreien Inflationsausgleichsprämie zum Jahresende 2024, Änderungen bei der Tabaksteuer sowie der weitere Anstieg des CO_2-Preises in den Bereichen Wärme und Verkehr. Auch ist von einem Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung und des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zu Jahresbeginn 2025 auszugehen, sodass sich insgesamt ein nachfragedämpfender Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen in Höhe von 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ergibt. Im Jahr 2026 dürfte die Finanzpolitik nach jetzigem Stand in etwa konjunkturneutral ausgerichtet sein.

Deutschland: Abschwung trifft auf Wachstumsschwäche

Im zweiten Quartal 2024 ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt leicht (um 0,1%) gesunken. Die Wirtschaft befindet sich weiter im Abschwung. Seit nunmehr zwei Jahren stagniert die Produktion in etwa auf dem Niveau von kurz vor Ausbruch der Pandemie, und die Produktivität je Erwerbstätigen liegt sogar deutlich unter dem Niveau des Jahres 2019. Je Erwerbstätigenstunde ist sie seit Ende 2022 rückläufig. Seit zwei Jahren steigt auch die Arbeitslosenquote, wenn auch langsam und von niedrigem Niveau aus.

Besonders ausgeprägt ist die Schwäche der Bruttoanlageinvestitionen. Sie gingen im zweiten Quartal um 2,2% zurück, wobei die privaten Ausrüstungsinvestitionen um 6,2% einbrachen. Die Bauinvestitionen waren so niedrig wie zuletzt im Jahr 2013, die Investitionen in Maschinen und Geräte so niedrig wie zuletzt 2015. Das Verhältnis des Volumens aller Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich denen in Fahrzeuge) zum Bruttoinlandsprodukt ist seit der Pandemie deutlich geringer als zuvor und am aktuellen Rand stark rückläufig. Dass weniger Investitionen getätigt werden, dürfte zu einem Gutteil am schleppenden Exportgeschäft liegen. Auch für die Ausfuhren ist im zweiten Quartal ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Der Trend ist hier nach der Pandemie nur aufgrund der Dienstleistungsexporte leicht aufwärtsgerichtet, die Warenausfuhren stagnieren dagegen, wiederum auf dem Niveau von 2019. Lag der deutsche Anteil an den weltweiten Warenexporten in den Jahren vor der Pandemie bei rund 8%, so ist er zuletzt unter 7½% gesunken. Der Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist nur zum Teil auf die in Europa deutlich gestiegenen Energiepreise zurückzuführen. Andere Schwachpunkte wie die Alterung der erwerbstätigen Bevölkerung und die relative Schwäche deutscher Unternehmen im Bereich der Informationstechnologien dürften stärker ins Gewicht fallen. Zwar sind stagnierende Warenexporte und Weltmarktanteilsverluste für andere fortgeschrittene Volkswirtschaften schon seit Längerem typisch. Für die deutsche Wirtschaft ist es aber ein erheblicher Einschnitt, wenn die wirtschaftlichen Impulse nicht mehr von Erfolgen des Exportsektors kommen. Was derzeit in der deutschen Wirt-

schaft wächst, ist der öffentliche Sektor. Der Staatsverbrauch legte im zweiten Quartal um 1% zu. Während der Pandemie hatte er einen Sprung nach oben gemacht, und sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt verharrt seither mit etwa 22% auf Rekordniveau.[1]

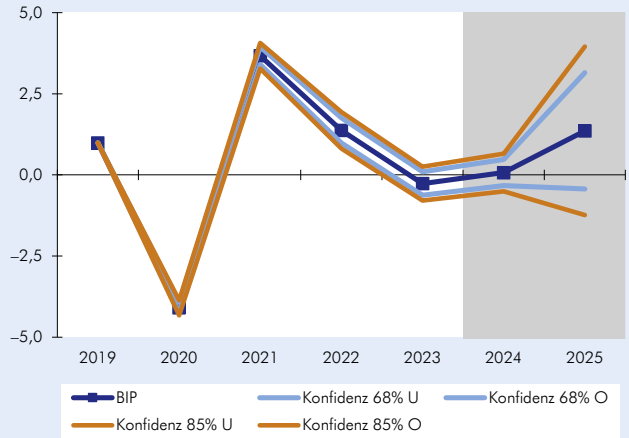
Dem Fall der Bauinvestitionen im zweiten Quartal entspricht auf der Entstehungsseite ein Rückgang der Wertschöpfung im Baugewerbe, und dem leichten Rückgang der Exporte eine etwas schwächere Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, das zu einem erheblichen Teil für das Ausland produziert. Aber auch im Wirtschaftszweig Handel, Verkehr und Gastgewerbe sank die Wertschöpfung, und zwar um 0,6%. Zwar wird das Gastgewerbe in gewissem Umfang von der Fußball-Europameisterschaft profitiert haben, welche zur Hälfte in die letzten Juniwochen fiel, ausschlaggebend für den Rückgang in dem Wirtschaftszweig war aber, dass insgesamt der private Konsum um 0,2% zurückging. Dass die Sparquote der privaten Haushalte erneut etwas gestiegen ist (von 11,0 auf 11,3%), liegt kaum an der etwas verschlechterten Lage auf dem Arbeitsmarkt, denn immerhin hat die Zahl der Erwerbstätigen weiter leicht zugenommen, und zwar ausschließlich aufgrund eines neuerlichen Anstiegs der Beschäftigung bei Öffentlichen Dienstleistern. Die Konsumzurückhaltung geht wohl vor allem auf Sorgen um die längerfristigen wirtschaftlichen Aussichten zurück. So zeigt der auf der Auswertung von Zeitungsartikeln beruhende Economic Policy Uncertainty Index ein höheres Maß an Verunsicherung in Deutschland als etwa in Frankreich und den USA, obwohl in diesen beiden Ländern demnächst ein Regierungswechsel ins Haus steht und ungewiss ist, mit welchem wirtschaftspolitischen Kurs für das kommende Jahr zu rechnen ist.

Frühindikatoren wie das ifo Geschäftsklima oder der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission deuten darauf hin, dass sich der Abschwung zunächst fortsetzen wird. Auch spricht die Beurteilung der Auslandsaufträge durch die Unternehmen für keine spürbare Belebung der Exportkonjunktur, zumal die internationale Konjunktur nur moderat bleiben dürfte. Ob der recht starke Auftragseingang für Investitionsgüter vom Juni schon eine Trendwende anzeigt oder nur auf wenige Großaufträge zurückgeht, ist vorerst offen. Sehr wahrscheinlich ist dagegen, dass sich am Bau der Abschwung fortsetzt. Dafür spricht etwa die weiter deutlich rückläufige Zahl der Genehmigungen für Wohnbauten, aber auch die Tatsache, dass die Baukosten bislang kaum gesunken sind, die Kostenkrise am Bau also anhält. Robust zulegen dürfte dagegen die vom Staat getätigten oder subventionierten Investitionsprojekte, etwa in die Modernisierung der Bahninfrastruktur, oder im Rahmen des Sondervermögens für die Bundeswehr. Zu einer leichten Erholung der Konjunktur dürfte im Winterhalbjahr ein wieder aufwärtsgerichteter privater Konsum beitragen. Denn die realen Arbeitnehmereinkommen werden aufgrund der recht hohen Lohn- und weiter nachlassenden Preisdynamik steigen.

Abbildung 4

Prognoseunsicherheit[1]

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



[1] Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Alles in allem stagniert im Jahr 2024 das Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung). Die IWH-Prognose vom Juni 2024 wird somit um 0,3 Prozentpunkte nach unten korrigiert (vgl. Tabelle A5). Ein Teil dieser Anpassung geht auch auf Revisionen der VGR durch das Statistische Bundesamt zurück (vgl. Kasten 1). Für das Jahr 2025 wird ein Anstieg um 1,0% prognostiziert. Für das Jahr 2024 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von –0,4%

[1] Die Anteile der Verwendungsaggregate am Bruttoinlandsprodukt lassen sich mithilfe der „Langen Reihen“ des Statistischen Bundesamtes bis ins Jahr 1970 zurückverfolgen.

bis 0,5% und für das 2025 von –0,8% bis 2,8% (vgl. Abbildung 4).[2] Im Jahr 2026 dürfte der Zuwachs 1,4% betragen. Trotz des niedrigen Potenzialwachstums genügen diese Zuwächse nicht, um die Unterauslastung der deutschen Wirtschaft bis Ende 2026 zu beseitigen (vgl. Tabelle A8 und Kasten 2). Die Zahl der Erwerbstätigen bleibt in der zweiten Jahreshälfte 2024 in etwa konstant und nimmt im Jahr 2025 wieder leicht zu. Die Verbraucherpreisinflation beträgt im Jahresdurchschnitt 2024 2,3% und im Jahr 2025, wenn dämpfende Effekte von den gefallenen Energiepreisen wegfallen, 2,4%. Im Jahr 2026 dürfte die Inflationsrate bei 2,2% liegen.

Kasten 1

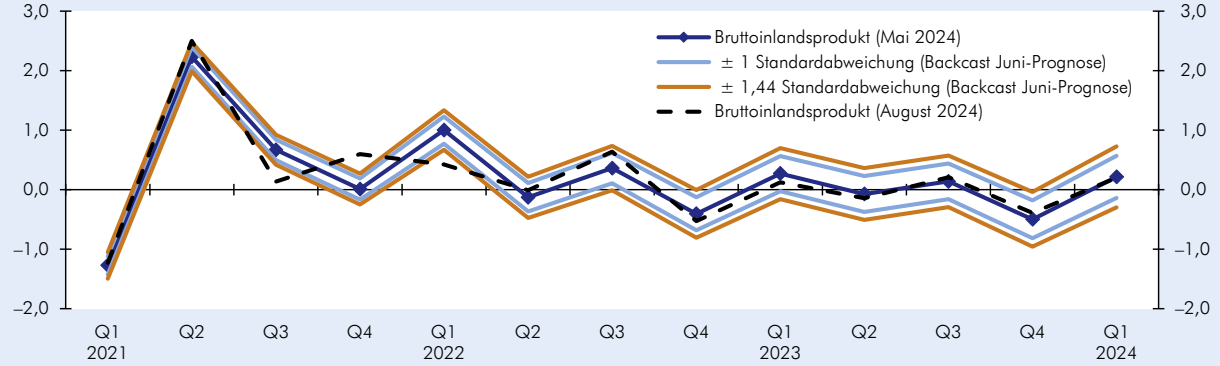
Zur jüngsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Das Statistische Bundesamt hat im August 2024 das Zahlenwerk der Volkwirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im Rahmen einer europaweit harmonisierten umfassenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) revidiert und auf die Preisbasis des Jahres 2020 umgestellt.[K1.1] Die VGR-Revision 2024 umfasst insbesondere die Einführung neuer Datenquellen, die Anwendung einer aktualisierten Klassifikation der privaten Konsumausgaben sowie die Implementierung einzelner neuer Berechnungsmethoden. Zusätzlich wurden die gesamten VGR-Systeme umfassend überprüft und, wo erforderlich, überarbeitet oder neue Erkenntnisse in die Berechnungen integriert. Um Brüche in den Zeitreihen zu vermeiden, wurden die Ergebnisse für Deutschland bis zurück ins Jahr 1991 neu berechnet.

Abbildung K1

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf, Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Gemessen an vorherigen Revisionen liegen die jüngsten Korrekturen für den Zeitraum 2020 bis 2024 für den jährlichen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) außerhalb der im Juni 2024 erwarteten Revisionsspanne.[K1.2] Die Abwärtskorrektur des Rückgangs im Jahr 2020 um 0,3 Prozentpunkte (von –3,8% auf –4,1%) ist verwendungsseitig auf einen deutlicheren Rückgang des privaten Konsums (von –5,9% auf –6,8%) zurückzuführen. Bedingt durch die nun vorliegenden Kosten- und Strukturstatistiken gab es im Jahr 2020 entstehungsseitig Abwärtsrevisionen sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch bei den Dienstleistern. Die Aufwärtskorrektur des Zuwachses im Jahr 2021 um 0,6 Prozentpunkte (von 3,2% auf 3,7%) ist verwendungsseitig maßgeblich auf eine stärkere Expansionsrate der Binnennachfrage zurückzuführen. Die Jahreszuwachsrate der Binnennachfrage für 2021 liegt

K1.1 *Statistisches Bundesamt:* Hintergrundpapier zur Generalrevision 2024 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland. Wiesbaden, 27. August 2024.

K1.2 Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH:* Deutsche Wirtschaft noch in der Defensive – aber erste Anzeichen für ein Ende des Abschwungs, in: Konjunktur aktuell, Jg.12 (2), 2024, 40.

2 Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d.h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

nun bei 2,9% (zuvor 2,5%). Dies ist vor allem auf Revisionen des privaten Konsums (+0,8 Prozentpunkte) zurückzuführen. Entstehungsseitig waren es Aufwärtsrevisionen im Baugewerbe (+1,7%) und bei den Dienstleistern (+1,2). Der Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes wurde für das Jahr 2022 im Zuge der Generalrevision um 0,4 Prozentpunkte nach unten korrigiert (von 1,8% auf 1,4%), maßgeblich durch eine Abwärtsrevision der Konsumausgaben des Staates und der Bruttoanlageinvestitionen. Entstehungsseitig kamen Revisionen in den Sektoren nicht in der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung zum Tragen. Für das Jahr 2023 wurde das BIP maßgeblich durch eine kräftige Korrektur der Importe nach unten revidiert (–0,1%), die Bruttowertschöpfung hingegen nach oben korrigiert (+0,2%).

Die Revision der vierteljährlichen Expansionsrate des Bruttoinlandsprodukts wurde für die meisten Quartale im Vergleich zum bisherigen Datenstand in einem Umfang revidiert, der innerhalb der 68%-Revisionsspanne liegt (vgl. Abbildung K1). Nur für das dritte und vierte Quartal 2021 wurde die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts etwas stärker nach unten bzw. nach oben revidiert als im Juni vom IWH erwartet.

Ein erhebliches Risiko für die deutsche Konjunktur liegt im verbreiteten Pessimismus der Unternehmen bezüglich ihrer Ertragsaussichten. Hielten in nächster Zeit die negativen Überraschungen bezüglich der Wirtschaftslage an, würde sich die Stimmung wohl weiter verschlechtern. Davon wäre vor allem die private Investitionstätigkeit betroffen. Zu deren allmählicher Stabilisierung in den kommenden Quartalen, wie in der vorliegenden Prognose unterstellt, käme es dann wohl nicht.

Kasten 2

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis zum Jahr 2029 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,7% (vgl. Tabelle K2).

Tabelle K2

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %[1]

	1996-2023[2]		1996-2023		2023-2029	
Produktionspotenzial	1,3		1,2		0,7	
Kapitalstock	1,5	(0,5)	1,5	(0,5)	0,9	(0,3)
Solow-Residuum	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,4	(0,4)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,2)	0,2	(0,1)	–0,1	(0,0)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,0	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,3	
Erwerbsquote	0,2		0,2		–0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	–0,5		–0,5		–0,3	
Nachrichtlich:						
Arbeitsproduktivität	1,0		1,1		0,8	

[1] Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – [2] Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der Anfang Dezember 2022 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, welcher moderate Annahmen zu Wanderung, Geburtenrate und dem Anstieg der Lebenserwartung zugrunde liegen. In der vorliegenden Projektion wurde diese um den tatsächlichen Bevölkerungsstand zum Jahresende 2023 aktualisiert.[K2.1]

K2.1 Obgleich im Juli 2024 aktuelle Bevölkerungszahlen auf Basis des Zensus 2022 publiziert wurden, liegen diese noch nicht in der für die Schätzung des Produktionspotenzials notwendigen Detailtiefe vor. Daher basiert die vorliegende Projektion auf Bevölkerungszahlen, die auf Grundlage des Zensus 2011 berechnet wurden. Die erfolgte Revision der Bevölkerung dürfte ohnehin lediglich die Beiträge von Partizipation und der Erwerbsbevölkerung, nicht aber den Gesamtbeitrag des Arbeitsvolumens maßgeblich verändern und damit keinen nennenswerten Effekt auf das Produktionspotenzial haben.

Für das Jahr 2024 wurden aktuelle Daten zur Wanderung berücksichtigt. Der Wanderungssaldo belief sich in den vergangenen beiden Jahren auf insgesamt etwa 2,1 Millionen, wovon die Nettozuwanderung aus der Ukraine gut die Hälfte ausmachte. Es wird unterstellt, dass sich letztere im laufenden Jahr auf knapp 100 000 Personen abschwächt und in den kommenden beiden Jahren auf insgesamt 70 000 Personen weiter verringert. Die übrige Zuwanderung geht entsprechend der in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten kontinuierlichen Rückführung des Wanderungssaldos auf 250 000 Personen im Jahr 2033 zurück.

Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) zunächst noch geringfügig zunehmen und ab dem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken. Über den gesamten Zeithorizont bleibt sie mit etwa 63 Millionen nahezu konstant. Dabei wird die Partizipation, die aufgrund der zunächst niedrigeren Beteiligung ukrainischer Flüchtlinge leicht zurückgegangen ist, wieder zunehmen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird über den gesamten Projektionszeitraum von 74,9% auf 76,1% steigen.

Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2029 methodenbedingt mit 3,5% etwas höher liegen als im Jahr 2023 (3,0%).

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer dürfte gegen Ende der kurzen Frist in etwa ihrem trendmäßigen Wert entsprechen. Ab dem Jahr 2027 wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Die trendmäßige Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum weiter zurück, jedoch weniger stark als in den Jahren zuvor. Über den gesamten Zeitraum sinkt die im Jahr geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 21 Stunden.

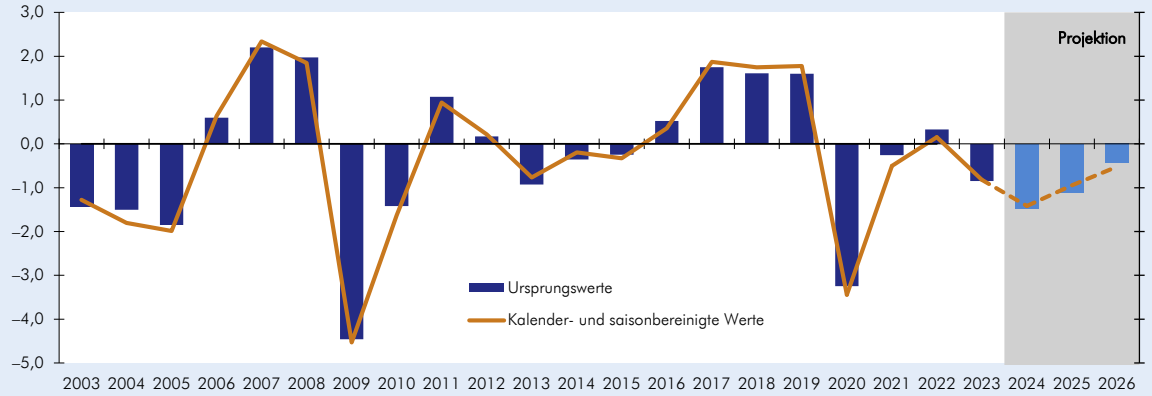
Alles in allem beginnt das potenzielle Arbeitsvolumen ab dem kommenden Jahr leicht zu sinken, infolge der höheren Nettozuwanderung zunächst etwas weniger schnell. In der mittleren Frist dämpfen bis auf die ansteigende Partizipationsrate alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum nimmt das potenzielle Arbeitsvolumen jahresdurchschnittlich um knapp 0,1% ab und dämpft damit das Potenzialwachstum minimal.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 0,9% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,3 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,4% betragen und 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen.

Abbildung K2

Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandprodukts ergibt sich für das laufende Jahr eine Produktionslücke von –1,5%, die sich in den kommenden beiden Jahren auf –1,1% und –0,4% verringert (vgl. Abbildung K2).

Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit dürfte sich im Jahr 2024, ausgehend von 2,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr zuvor, auf ungefähr 2,0% verringern. Trotz des geringeren Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts legen sowohl Steuer- als auch Beitragseinnahmen beschleunigt zu, weil die temporäre Senkung der Umsatzsteuersätze auf Gaslieferungen und in der Gastronomie ausgelaufen ist und bei den Nettosozialbeiträgen die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 und der Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Mehreinnahmen führen. Auch die geringere Inanspruchnahme der steuer- und beitragsfreien Inflationsausgleichsprämie, auf die teils kräftige Lohnerhöhungen folgen, wirkt einnahmesteigernd. Schließlich stützen die Änderungen bei der Lkw-Maut und die Anhebung der CO_2-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr die öffentlichen Einnahmen. Die Ausgaben des Staates nehmen im Jahr 2024 verhaltener zu als die Einnahmen. Zwar dürften nicht nur die Zinsausgaben, sondern auch die öffentlichen Investitionen vor dem Hintergrund diverser investiver Maßnahmen spürbar zulegen. Dagegen entwickeln sich aber die Subventionen nach dem Auslaufen der Strom- und Gaspreisbremse stark rückläufig.

Im Jahr 2025 legen die öffentlichen Einnahmen verhaltener zu als im Jahr zuvor, vor allem die Steuer- und Beitragseinnahmen. Zwar führt der Wegfall der Inflationsausgleichsprämie zu Mehreinnahmen, bei den Nettosozialbeiträgen zudem der weiter steigende Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung und die unterstellte Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung. Die Bruttolöhne und -gehälter expandieren aber deutlich langsamer als im Jahr zuvor, und bei den Steuern wirken das Steuerfortentwicklungsgesetz sowie das Wachstumschancengesetz einnahmemindernd. Die Ausgaben des Staates legen im Jahr 2025 mit einer ähnlichen Rate zu wie im Vorjahr. Mit der nachlassenden Inflation dürften die öffentlichen Investitionen und die Vorleistungskäufe verhaltener zunehmen. Gleiches gilt für die Arbeitnehmerentgelte, bei denen Einmalzahlungen aus dem Vorjahr entfallen. Bei den monetären Sozialleistungen dämpft eine geringere Rentenanpassung zum 1. Juli 2025 den Zuwachs. Hingegen dürften die sonstigen laufenden Transfers aufgrund deutlich höherer EU-Abführungen kräftiger expandieren. Alles in allem erhöht sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 auf –1,7%. Im Jahr 2026 dürfte der Budgetsaldo des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf ähnlichem Niveau liegen. Der strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von –2,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 auf –1,4% im Jahr 2026. Der strukturelle Primärsaldo nimmt mit der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik von –1,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 auf 0,0% im Jahr 2025 zu. Im darauffolgenden Jahr geht er wieder leicht zurück (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Milliarden Euro

	2023	2024	2025	2026
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	–107,5	–87,4	–75,1	–73,4
– Konjunkturkomponente[1]	–18,1	–32,6	–25,5	–10,2
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	–89,4	–54,8	–49,7	–63,2
– Einmaleffekte[2]	0,0	0,0	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	–89,4	–54,8	–49,7	–63,2
+ Zinsausgaben des Staates	36,6	45,0	49,3	52,4
= Struktureller Primärsaldo	–52,9	–9,7	–0,3	–10,8
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	2,2	43,1	9,4	–10,5
Nachrichtlich:	*In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %*			
Struktureller Finanzierungssaldo	–2,1	–1,3	–1,1	–1,4
struktureller Primärsaldo	–1,3	–0,2	0,0	–0,2
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,1	1,0	0,2	–0,2

[1] Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – [2] Gerichtsurteile.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Entwicklung in Ostdeutschland

Wie die deutsche Wirtschaft insgesamt so ist auch die ostdeutsche Wirtschaft im Abschwung. Allerdings fällt dieser im Osten etwas milder aus. Zum einen hat hier das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe, welches von der schwachen Konjunktur besonders betroffen ist, eine geringere Bedeutung als im Westen. Zum anderen wächst die ostdeutsche Wirtschaft etwa seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts im Trend etwas stärker als im Westen: Das Bruttoinlandsprodukt lag im Osten im Jahr 2023 um 12,5% höher als 2015, im Westen nur um 7,1%. Auch wenn Daten zu

den Verwendungs-aggregaten der Produktion für die regionale Ebene nur mit einiger Verzögerung veröffentlicht werden, zeigen sie doch, dass sowohl der private Konsum als auch die Bruttoanlageinvestitionen zum etwas höheren Trendwachstum beigetragen haben. So ist der reale private Konsum je Einwohner seit 2015 bis zum Jahr 2022 um 7,9% und damit um 4,9 Prozentpunkte stärker gestiegen als im Westen. Dahinter steht die allgemein höhere Lohndynamik mit dem deutlichen Anstieg des Mindestlohns, welcher im Osten besonders oft gezahlt wird, sowie die Angleichung der Rentensätze an das westdeutsche Niveau. Aber auch die realen Bruttoanlageinvestitionen haben in Ostdeutschland stärker zugelegt, zwischen 2015 und 2021 mit 11,7% um 2,4 Prozentpunkte relativ zur (ziemlich niedrigen) Zunahme im Westen. Zuletzt dürften die Investitionen in Ostdeutschland von einigen Großprojekten wie dem Bau des Tesla-Werks in Grünheide profitiert haben. Ob sich der Trend in den nächsten Jahren fortsetzt, ist aber offen. Vor allem wird der negative demographische Trend das Wachstum immer stärker bremsen. So geht die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Ostdeutschland seit Februar leicht zurück, während sie im Westen weiter steigt. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland im Jahr 2024 mit 0,3% anders als in Deutschland insgesamt etwas zulegen. In den Jahren 2025 und 2026 dürften die Zuwachsraten mit 0,9% und 1,3% jeweils etwas unter denen in Deutschland liegen. Die Arbeitslosenquote dürfte in diesem Jahr 2024 bei 7,5% liegen und in den Jahren 2025 und 2026 bei jeweils 7,6%.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt[1] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				Verbraucherpreise[1] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				Arbeitslosenquote[2] in %			
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Europa	28,2	0,9	1,4	1,8	1,7	8,0	5,3	3,8	2,8				
EU 27	19,8	0,5	1,0	1,8	1,7	6,0	2,5	2,4	2,3	6,0	5,9	5,7	5,6
Großbritannien	3,6	0,1	1,2	1,5	1,4	7,3	2,6	2,2	2,2	4,0	4,4	4,3	4,2
Schweiz	1,0	0,8	1,5	1,6	1,6	2,1	1,3	1,1	1,1	4,0	4,2	4,2	4,2
Norwegen	0,5	0,7	2,4	1,5	1,2	5,5	3,3	2,5	2,5	3,6	4,3	4,2	4,0
Russland	2,2	3,6	3,6	1,4	1,0	5,9	7,5	6,0	6,0				
Türkei	1,2	4,5	4,7	2,9	3,2	53,9	59,0	30,0	10,0				
Amerika	37,8	2,4	2,2	1,8	2,1								
USA	29,5	2,5	2,5	1,7	2,0	4,1	2,9	2,3	2,3	3,6	4,1	4,4	4,3
Kanada	2,3	1,1	1,2	2,0	2,0	3,9	2,5	2,1	2,1	5,4	6,3	6,3	6,2
Lateinamerika[3]	6,0	2,0	1,2	2,5	2,5								
Asien	34,0	4,6	4,3	4,0	4,1								
Japan	4,5	1,9	0,0	1,2	1,2	3,3	2,3	2,0	2,0	2,6	2,6	2,6	2,6
China ohne Hongkong	19,0	5,2	5,0	4,5	4,5								
Südkorea	1,8	1,3	3,0	2,2	2,2	3,6	2,5	2,1	2,1	2,7	2,9	2,9	2,9
Indien	3,8	7,8	7,2	6,0	6,0								
Ostasien ohne China[4]	4,7	3,4	4,0	4,0	3,9								
Insgesamt[5]	100,0	2,7	2,7	2,6	2,7								
fortgeschrittene Volkswirtschaften[6]	64,8	1,6	1,8	1,7	1,9	4,7	2,7	2,3	2,2	4,4	4,6	4,6	4,6
Schwellenländer[7]	35,2	4,8	4,5	4,1	4,1								
nachrichtlich:													
Exportgewichtet[8]	–	1,4	1,9	2,3	2,3								
gewichtet n. Kaufkraftparitäten[9]	–	3,3	3,2	3,0	3,1								
Welthandel[10]	–	–1,1	1,5	2,4	2,3								

[1] Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar.
[2] Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2023.
[3] Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.
[4] Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).
[5] Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar.
[6] EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.
[7] Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.
[8] Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2023.
[9] Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2023.
[10] Realer Güterhandel. Wert für 2023 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2023	2024	2025	2026
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,5	2,5	1,7	2,0
privater Konsum	2,2	2,6	1,7	1,9
Staatskonsum und -investitionen	4,0	1,8	0,9	1,6
private Anlageinvestitionen	–1,2	3,4	3,0	2,6
Vorratsveränderungen[1]	–0,4	–0,1	0,0	0,0
inländische Verwendung	1,9	2,5	1,9	2,0
Exporte	2,6	2,4	2,7	1,9
Importe	1,7	2,9	1,5	2,2
Außenbeitrag[1]	0,6	–0,2	–0,2	–0,1
Verbraucherpreise	4,1	2,9	2,3	2,3
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo[2]	–8,0	–7,6	–7,5	–7,2
Leistungsbilanzsaldo	–3,3	–3,4	–3,5	–3,5
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,6	4,1	4,4	4,3

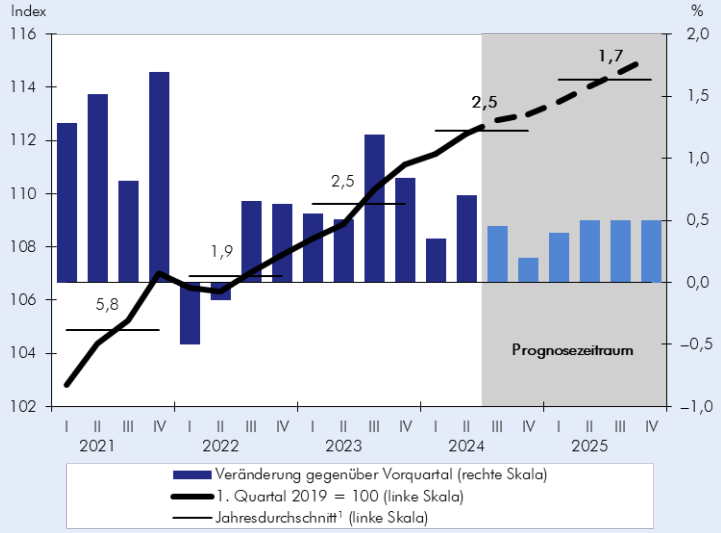
[1] Wachstumsbeitrag. – [2] Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A1

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA

saisonbereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2023	2024	2025	2026
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,8	1,5	1,5
privater Konsum	0,6	0,6	1,1	1,3
öffentlicher Konsum	1,0	1,2	1,1	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	1,0	–0,2	2,9	2,2
inländische Verwendung	0,0	–0,1	1,5	1,4
Exporte[1]	–0,6	1,6	3,8	4,0
Importe[1]	–1,3	–0,1	4,0	4,0
Außenbeitrag[2]	0,4	0,9	0,1	0,2
Verbraucherpreise[3]	5,4	2,4	2,3	2,2
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo[4]	–3,6	–2,9	–2,7	–2,4
Leistungsbilanzsaldo	1,5	3,1	3,0	2,9
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote[5]	6,6	6,4	6,2	6,1

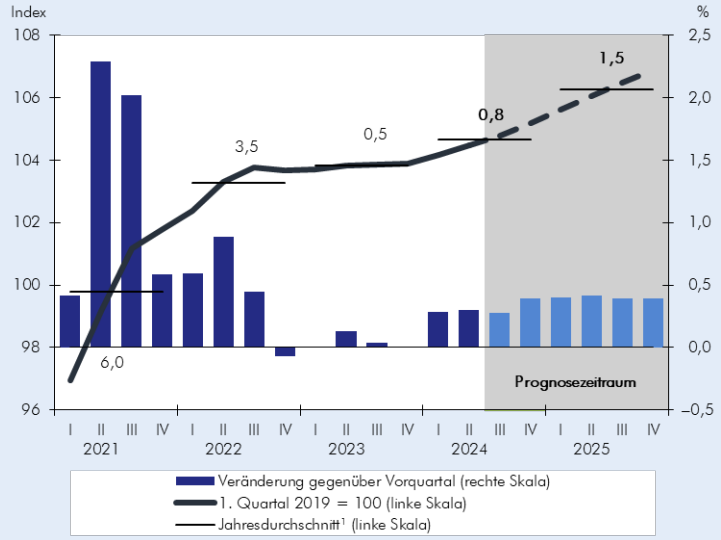
[1] Einschließlich Intrahandel. – [2] Wachstumsbeitrag. – [3] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [4] Gesamtstaatlich. – [5] Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A2

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt[1]				Verbraucherpreise[2]				Arbeitslosenquote[3]			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Deutschland	24,3	–0,1	0,1	1,1	1,1	6,0	2,6	2,4	2,2	3,0	3,4	3,3	3,3
Frankreich	16,5	1,1	1,2	1,4	1,6	5,7	2,4	1,9	2,1	7,4	7,4	7,3	7,2
Italien	12,3	1,0	0,8	1,0	0,8	5,9	1,5	2,8	2,1	7,7	6,9	6,6	6,5
Spanien	8,6	2,5	2,8	2,1	1,7	3,4	2,8	2,0	2,4	12,2	11,5	11,2	11,2
Niederlande	6,1	0,1	0,5	1,4	1,6	4,1	3,4	2,3	2,1	3,6	3,6	3,3	3,1
Belgien	3,4	1,4	1,1	1,4	1,6	2,3	4,4	2,9	2,3	5,5	5,7	5,6	5,5
Irland	3,0	–5,7	0,3	4,3	3,4	5,2	1,5	1,8	2,1	4,3	4,3	4,2	4,1
Österreich	2,8	–0,7	0,0	1,3	2,1	7,7	2,9	1,8	2,2	5,1	5,1	5,3	5,4
Finnland	1,6	–1,2	–0,2	2,1	2,2	4,3	0,8	1,4	2,0	7,2	8,3	8,3	8,1
Portugal	1,6	2,3	1,7	1,9	2,0	5,3	2,6	2,0	2,1	6,6	6,5	6,2	6,0
Griechenland	1,3	2,0	1,8	2,0	2,0	4,2	2,8	2,3	2,1	11,1	10,1	8,9	8,4
Slowakei	0,7	1,6	2,3	2,8	2,9	11,0	2,9	3,2	2,7	5,8	5,5	5,0	4,6
Luxemburg	0,5	–1,1	1,0	2,9	2,9	2,9	2,4	2,1	2,0	5,2	5,6	5,6	5,6
Kroatien	0,4	3,1	3,4	2,6	2,5	8,4	3,2	2,6	2,4	6,1	5,0	3,6	2,9
Litauen	0,4	–0,3	2,2	3,1	3,9	8,7	1,0	2,6	2,8	6,9	7,7	7,6	7,1
Slowenien	0,4	1,9	1,4	2,3	2,1	7,2	1,8	1,1	2,0	3,6	3,1	2,5	2,3
Lettland	0,2	0,0	0,6	3,1	3,7	9,1	0,8	1,7	2,4	6,5	6,7	6,4	6,1
Estland	0,2	–3,1	–0,3	5,2	5,0	9,1	3,3	2,9	2,5	6,4	7,5	7,2	6,5
Zypern	0,2	2,5	3,1	2,2	2,4	3,9	1,9	1,7	2,2	6,1	4,5	3,6	3,5
Malta	0,1	5,7	4,0	3,7	3,4	5,6	2,5	2,4	2,4	3,1	3,0	2,9	2,7
Euroraum insgesamt	84,7	0,5	0,8	1,5	1,5	5,4	2,4	2,3	2,2	6,6	6,4	6,2	6,1
Euroraum ohne Deutschland	60,4	0,8	1,2	1,7	1,7	5,2	2,4	2,2	2,2	7,8	7,5	7,2	7,1
Polen	4,4	0,1	3,4	3,7	3,2	10,8	3,8	4,0	3,0	2,8	2,9	2,8	2,7
Schweden	3,2	0,1	0,8	2,8	2,8	5,9	1,9	1,8	2,4	7,7	8,3	8,3	8,1
Dänemark	2,2	2,5	1,2	2,1	1,9	3,4	1,3	2,1	2,1	5,1	5,7	5,4	5,2
Rumänien	1,9	2,1	2,0	3,4	2,6	9,7	5,7	4,1	3,5	5,6	5,3	5,2	5,2
Tschechien	1,8	0,0	1,0	3,3	3,9	12,0	2,2	2,1	2,0	2,6	2,8	2,6	2,4
Ungarn	1,2	–0,7	1,7	3,8	3,7	17,0	4,1	3,5	3,0	4,0	4,3	4,1	3,9
Bulgarien	0,6	2,0	2,2	3,2	2,4	8,6	2,8	2,6	2,2	4,3	4,4	3,4	2,9
EU 27[4]	100,0	0,5	1,0	1,8	1,7	6,0	2,5	2,4	2,3	6,0	5,9	5,7	5,6
MOE-Länder[5]	12,2	0,6	2,3	3,4	3,2	11,0	3,5	3,3	2,8	4,0	4,0	3,8	3,6

[1] Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.
[2] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
[3] Standardisiert.
[4] Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2023.
[5] Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen des IWH; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A5

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2024

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH Sommerprognose 2024		IWH Herbstprognose 2024		Prognosekorrektur für 2024	
	Prognosewerte für 2024		Prognosewerte für 2024		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung	–0,3	–0,3	–0,4	–0,3	-0,1	0,0
Privater Konsum	0,7	0,4	0,4	0,2	–0,3	–0,2
Staatlicher Konsum	1,5	0,3	1,9	0,4	0,4	0,1
Bauten	–1,0	–0,1	–3,8	–0,4	-2,8	–0,3
Ausrüstungen	–1,6	–0,1	–4,2	–0,3	–2,6	–0,2
Sonstige Anlageinvestitionen	–0,2	–0,0	4,4	0,2	4,6	0,2
Vorratsveränderungen	–	–0,7	–	–0,5	–	0,2
Außenbeitrag	–	0,5	–	0,4	–	–0,1
Ausfuhr	0,9	0,4	0,2	0,1	–0,7	–0,3
Einfuhr	–0,3	0,1	–0,8	0,3	–0,5	0,2
Bruttoinlandsprodukt	0,3	0,3	0,0	0,0	–0,3	–0,3
Nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt USA	2,5	–	2,4	–	–0,1	–
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	0,8	–	0,8	–	0,0	–
Welthandel	0,9	–	1,5	–	0,6	–
Verbraucherpreise	2,3	–	2,3	–	0,0	–

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Tabelle A6

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung[1]

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	–0,4	0,8	0,0	0,0	0,3	–0,2	0,1	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
öffentlicher Konsum	0,2	–0,2	1,2	0,7	–0,1	1,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Bauten	1,3	–0,7	–1,3	–1,9	0,8	–2,0	–1,4	–0,1	0,3	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	–1,0	–0,2	0,5	–2,1	–1,6	–4,1	3,7	1,5	1,4	1,3	1,3	1,3
sonstige Anlagen	1,7	1,0	0,9	1,4	1,4	0,6	1,1	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
Vorratsinvestitionen[2]	–0,3	–0,1	–0,2	–0,7	–0,1	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	–0,3	0,2	–0,1	–0,9	0,0	0,0	0,2	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3
Außenbeitrag[2]	0,5	–0,4	0,3	0,5	0,2	–0,1	–0,1	–0,1	–0,1	–0,1	–0,1	0,0
Exporte	0,2	–0,4	–0,7	–0,9	1,3	–0,2	0,4	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9
Importe	–1,0	0,5	–1,4	–2,0	0,8	0,0	0,7	1,1	1,1	1,2	1,2	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,1	–0,2	0,2	–0,4	0,2	–0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3

[1] Saison– und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – [2] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg–Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A7

Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts[1]

in Prozentpunkten

	2023	2024	2025	2026
Konsumausgaben	–0,2	0,6	0,9	0,9
private Konsumausgaben	–0,2	0,2	0,6	0,7
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,4	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	–0,3	–0,5	0,4	0,8
Bauten	–0,4	–0,4	–0,1	0,3
Ausrüstungen	–0,1	–0,3	0,3	0,4
sonstige Anlagen	0,2	0,2	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,1	–0,46	0,0	0,0
inländische Verwendung	–0,4	–0,3	1,3	1,7
Außenbeitrag	0,1	0,4	–0,4	–0,3
Exporte	–0,1	0,1	1,2	1,7
Importe	0,3	0,3	–1,5	–2,0
Bruttoinlandsprodukt	–0,3	0,0	1,0	1,4

[1] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A8

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2023	2024	2025	2026
statistischer Überhang[1]	–0,1	–0,2	0,3	0,5
Jahresverlaufsrate[2]	–0,2	0,6	1,3	1,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	–0,1	0,1	1,1	1,1
Kalendereffekt[3]	–0,2	0,0	–0,1	0,3
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich[4]	–0,3	0,0	1,0	1,4

[1] Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [2] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [3] In % des realen BIP. – [4] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A9

Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2023 und 2024

	2023	2024[1]	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) [1]	42 163	42 355	192	0,5
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 790	34 940	150	0,4
Geförderte[2]	100	105	5	5,0
nicht geförderte	34 690	34 835	145	0,4
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 198	4 195	–3	–0,1
sonstige	3 175	3 220	45	1,4
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 847	3 823	192	–0,6
geförderte Selbstständigkeit	2	2	150	–10,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 845	3 821	5	–0,6
Erwerbstätige (Inland)	46 011	46 178	167	0,4
staatlich subventionierte Erwerbstätige	294	368	74	25,2
geförderte Erwerbstätige[3]	102	107	5	4,7
Kurzarbeit	192	261	69	36,1
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 717	45 810	93	0,2
nachrichtlich:				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland) in %	0,6	0,8		

[1] Prognose des IWH. – [2] Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – [3] Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A10

Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	–0,3	0,2	2,7	4,1
Importe, real	–0,6	–0,8	4,0	5,4
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	43,4	42,3	42,6	43,4
Importe, nominal	39,4	37,4	37,9	39,1
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	167,7	211,1	207,9	201,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A11

Reale Anlageinvestitionen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2023	2024	2025	2026
Anlageinvestitionen insgesamt	–1,2	–2,5	2,0	3,9
Bauinvestitionen insgesamt	–3,4	–3,8	–0,5	2,8
Wohnbauten	–4,1	–5,2	–1,3	2,9
Nichtwohnbauten insgesamt	–2,3	–1,7	0,8	2,8
gewerbliche Bauten	–4,1	–3,2	0,5	2,1
öffentliche Bauten	0,8	1,0	1,3	3,9
Ausrüstungen	–0,8	–4,2	5,2	5,9
Sonstige Anlagen	4,7	4,4	3,4	3,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A12

Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte[1] in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2023	2024	2025	2026
verfügbare Einkommen, nominal	6,9	4,1	3,3	3,3
darunter:				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	9,5	4,8	2,4	2,9
monetäre Sozialleistungen	6,1	5,8	4,6	3,9
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	3,5	0,4	4,0	3,4
Sparen	8,1	11,5	0,8	1,8
private Konsumausgaben, nominal	6,3	3,1	3,5	3,4
nachrichtlich:				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	7,4	5,3	3,4	3,2
Sparquote (in %)	10,4	11,2	10,9	10,8
Preisindex des privaten Konsums	6,7	2,7	2,3	2,1
private Konsumausgaben, real	–0,4	0,4	1,2	1,2

[1] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A13

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2024				2025			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,2	–0,1	0,1	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3
Darunter								
Bruttowertschöpfung	0,0	–0,1	0,1	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3
darunter								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	–1,3	–0,5	–0,2	0,1	0,1	0,3	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	–1,0	–0,2	–0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,2
Energie- und Wasserversorgung	–3,5	–1,8	–1,0	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Baugewerbe	1,9	–3,2	–1,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,3	–0,6	0,2	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Information und Kommunikation	0,9	0,6	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,5	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	0,7	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,4
Unternehmensdienstleister	–0,3	0,9	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4
öffentliche Dienstleister	0,5	0,1	0,3	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3
sonstige Dienstleister	2,0	–0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2

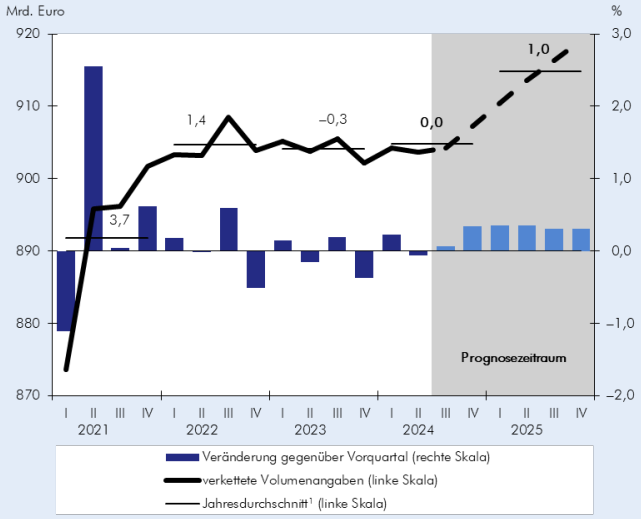
[1] Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A3

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



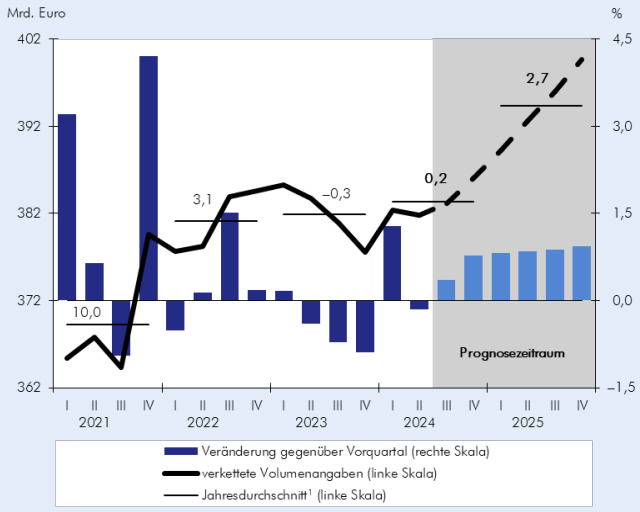
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A4

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



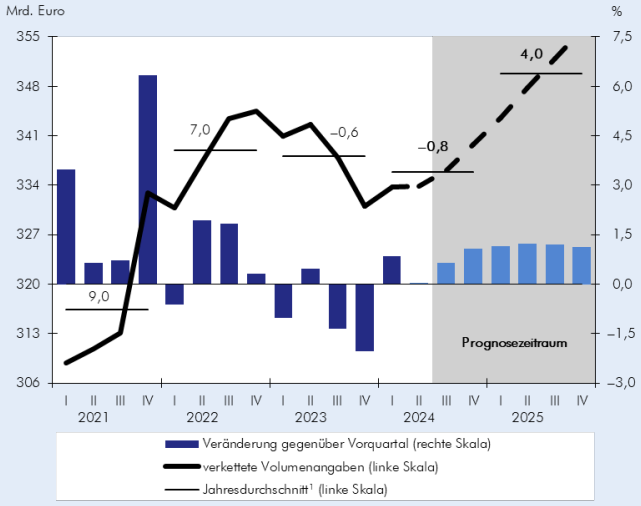
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A5

Reale Importe

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



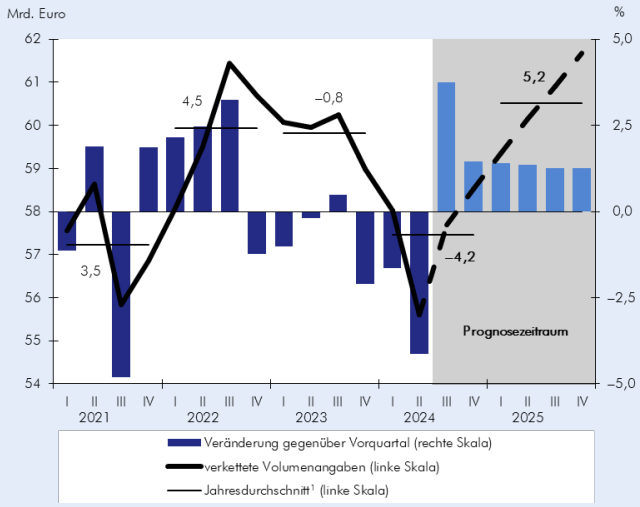
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A6

Reale Investitionen in Ausrüstungen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



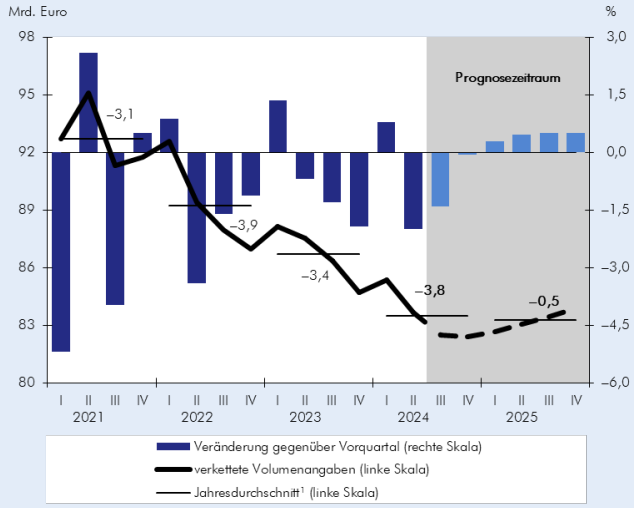
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A7

Reale Bauinvestitionen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



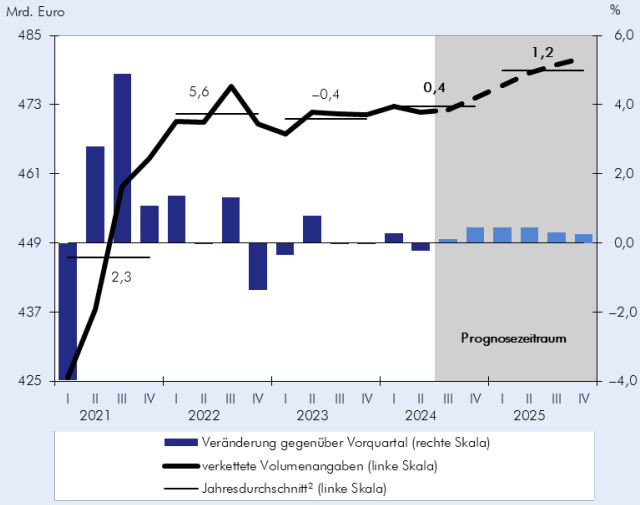
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A8

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1]

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



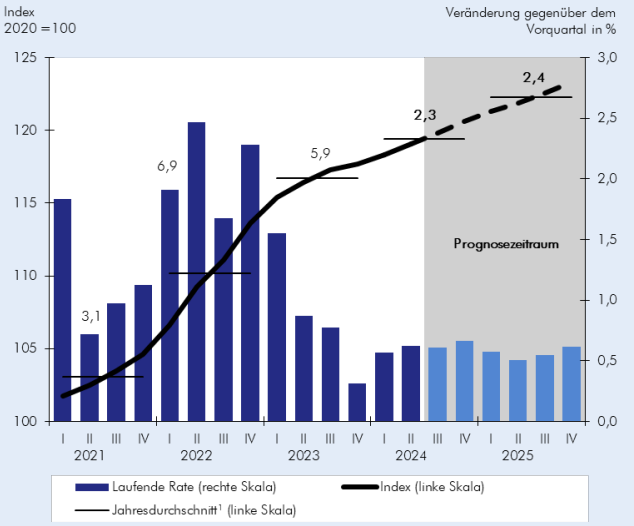
[1] Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A9

Verbraucherpreise in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



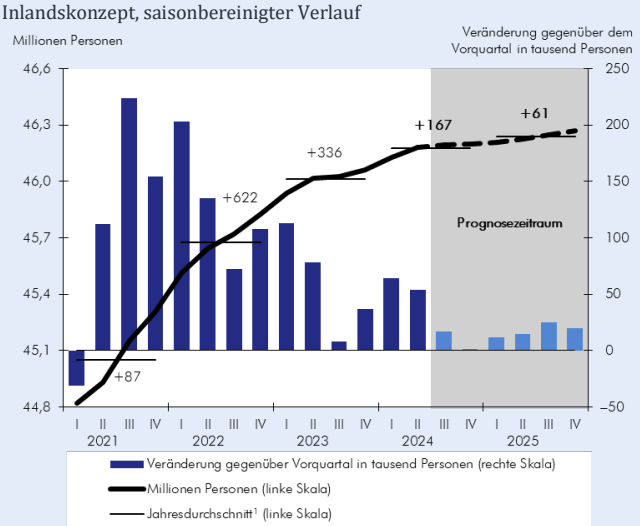
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A10

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

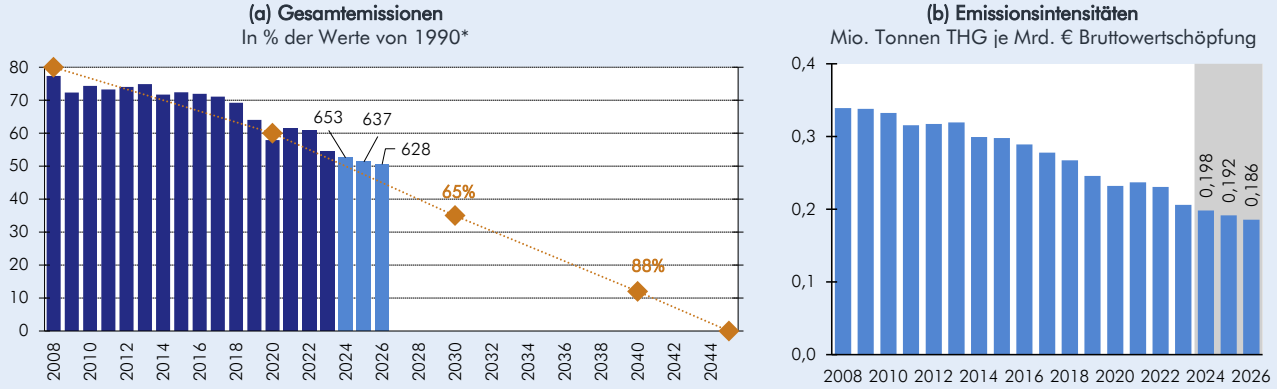


[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A11

Jährliche Treibhausgas-Emissionen 2008 bis 2026



Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH:* Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft, in: Konjunktur aktuell, Jg. 10 (1), 2022, 14.

*Aktuelle (dunkelblaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990 (Zahlenangaben: Mill. Tonnen, CO_2-äquivalent); die braunen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 da (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), §3 Nationale Klimaschutzziele.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Tabelle A14

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[1]

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2024	2025	2026
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Steuerfortentwicklungsgesetz		–6,4	–9,2
Zukunftsfinanzierungsgesetz	–0,6	–0,3	–0,1
Jahressteuergesetz 2022	0,3	1,0	–1,1
Jahressteuergesetz 2024	–0,4	0,4	0,7
Temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas und in der Gastronomie	6,5	0,8	0,0
Inflations-Ausgleichsgesetz (Änderungen beim Einkommensteuertarif)	–14,7	–2,8	–1,0
Senkung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer	–2,0	0,0	0,0
Wachstumschancengesetz	–1,0	–2,5	–0,8
Änderungen bei der Stromsteuer	–3,3	0,0	0,0
Degressive AfA	2,2	2,8	–1,2
Inflationsausgleichsprämie	4,0	6,0	0,0
Anhebung der Luftverkehrsabgabe	0,7	0,0	0,0
Streichung der Steuererstattung für Agrardiesel		0,3	0,2
Plastikabgabe			1,4
Globale Mindestbesteuerung			1,0
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,0	0,9	–0,1
Änderungen bei der Lkw-Maut	6,3	0,2	0,1
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	2,3	1,9	0,0
Wegfall des Spitzenausgleichs bei der Stromsteuer	1,5	0,0	0,0
sonstige steuerliche Maßnahmen[2]	1,5	–1,8	–0,9
CO_2-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	4,4	4,0	4,4
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1.1.2024, um 0,5 Prozentpunkte zum 1.1.2025 und um 0, 3 Prozentpunkte zum 1.1.2026	2,5	6,5	4,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte zum 1.7.2023 und um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2025	3,3	2,7	0,0
Inflationsausgleichsprämie	4,0	8,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur	–2,0	–3,0	–1,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	–1,8	–0,7	–0,5
Startchancenprogramm für Schulen	–0,5	–0,5	–0,5
Zusätzliche klimaschutzbezogene Ausgaben	–30,0	7,0	–3,0
Ukraine-Hilfen	–2,0	4,0	0,0
Inflationsausgleichsgesetz: Kindergelderhöhung	1,5	0,4	0,0
Steuerfortentwicklungsgesetz: Anhebung Kindergeld		–1,1	–0,6
Strom- und Gaspreisbremse, Härtefallregelungen	33,0	0,0	0,0
Hilfen für Unternehmen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg	3,0	0,0	0,0
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	–6,0	–6,0	2,0
Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes	1,5	5,0	0,0
Drittes Entlastungspaket: Einmalige Zuschüsse für Familien, Rentner, Studierende und Wohngeldempfänger	0,7	0,0	0,0
Zusätzliche Hilfen für Krankenhäuser	2,5	0,0	0,0
Corona-Maßnahmen	3,0	0,0	0,0
Auslaufen der Kaufprämie für E-Autos	2,6	0,0	0,0
Preissenkung im öffentlichen Personennahverkehr	–1,0	0,0	0,0
Änderungen beim BAföG	–0,1	–0,2	0,0
Änderungen beim Wohngeld	–1,1	0,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Anpassung der Renten Ost	–0,4	0,0	0,0
Grundrente	–0,2	–0,1	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	–0,3	–0,8	–0,1
Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz	–0,3	0,0	0,0
Krankenhausreform	–0,5	–0,4	–0,2
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	0,3	0,0	0,0
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)[4]	**19,3**	**25,3**	**–6,5**
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	0,4	0,6	–0,1

[1] Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – [2] Reform der Investmentbesteuerung, Fondsstandortgesetz, Jahressteuergesetz 2020, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuergesetz, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen.– [3] Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – [4] Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A15

Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2023

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3 824,6	2 594,6	444,7	785,3	–
2	–	Abschreibungen	858,0	472,2	115,2	270,6	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2 966,6	2 122,4	329,5	514,7	–167,7
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 223,6	1 614,0	337,6	272,0	19,3
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,6	28,0	0,3	10,3	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	55,5	53,4	0,2	1,9	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	759,9	533,8	–8,3	234,3	–187,0
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 229,0	–	–	2 229,0	13,8
9	–	geleistete Subventionen	84,5	–	84,5	–	4,0
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	424,3	–	424,3	–	8,3
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	1 028,8	951,9	36,6	40,4	377,2
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	1 174,3	669,9	31,4	473,1	231,7
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 474,2	251,9	326,3	2 896,0	–314,3
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	519,5	128,4	–	391,1	14,4
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	533,3	–	533,3	–	0,7
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	862,1	–	–	862,1	3,5
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	860,8	150,1	709,9	0,8	4,8
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	740,4	82,6	657,0	0,8	0,7
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	730,6	–	–	730,6	10,5
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	439,8	253,7	91,9	94,2	90,6
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	382,0	223,4	33,4	125,2	148,5
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 419,1	160,6	854,1	2 404,4	–259,2
23	–	Konsumausgaben	3 110,8	–	905,2	2 205,6	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
25	=	Sparen	308,3	102,9	–51,1	256,5	–259,2
26	–	geleistete Vermögenstransfers	105,1	15,4	74,4	15,3	7,2
27	+	empfangene Vermögenstransfers	87,7	48,1	19,4	20,1	24,6
28	–	Bruttoinvestitionen	907,1	507,3	117,1	282,7	–
29	+	Abschreibungen	858,0	472,2	115,2	270,6	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	19,1	19,4	–0,5	0,2	–19,1
31	=	Finanzierungssaldo	222,6	81,2	–107,5	249,0	–222,6
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 419,1	160,6	854,1	2 404,4	–259,2
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	554,6	–	554,6	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	554,6	–	–	554,6	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 419,1	160,6	299,4	2 959,0	–259,2
36	–	Konsum[3]	3 110,8	–	350,5	2 760,3	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
38	=	Sparen	308,3	102,9	–51,1	256,5	–259,2

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumaus-gaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2024

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3 936,0	2 664,0	464,4	807,6	–
2	–	Abschreibungen	885,0	487,6	118,8	278,6	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	3 051,0	2 176,4	345,6	528,9	–211,1
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 339,2	1 698,0	354,6	286,7	20,4
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,2	29,6	0,3	11,2	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	65,0	62,1	0,2	2,7	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	735,6	510,9	–9,1	233,8	–231,5
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 345,4	–	–	2 345,4	14,3
9	–	geleistete Subventionen	62,6	–	62,6	–	4,5
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	443,9	–	443,9	–	5,2
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	1 082,1	991,1	45,0	46,1	421,4
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	1 227,1	710,2	34,7	482,2	276,4
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 607,3	230,1	361,8	3 015,3	–361,4
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	549,2	132,1	–	417,1	15,0
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	563,4	–	563,4	–	0,7
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	910,4	–	–	910,4	3,7
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	909,9	152,8	756,2	0,8	4,3
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	782,2	83,4	698,0	0,8	0,7
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	773,0	–	–	773,0	10,0
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	477,9	295,1	91,3	91,5	101,9
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	416,0	248,7	34,0	133,3	163,9
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 549,7	121,0	926,2	2 502,5	–303,9
23	–	Konsumausgaben	3 223,8	–	949,7	2 274,1	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,6	–	57,6	–
25	=	Sparen	326,0	63,4	–23,5	286,1	–303,9
26	–	geleistete Vermögenstransfers	104,9	12,9	76,2	15,7	6,8
27	+	empfangene Vermögenstransfers	88,2	48,8	19,8	19,6	23,5
28	–	Bruttoinvestitionen	907,0	507,5	126,6	272,9	–
29	+	Abschreibungen	885,0	487,6	118,8	278,6	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	14,7	15,0	–0,5	0,2	–14,7
31	=	Finanzierungssaldo	272,4	64,3	–87,4	295,5	–272,4
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 549,7	121,0	926,2	2 502,5	–303,9
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	591,7	–	591,7	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	591,7	–	–	591,7	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 549,7	121,0	334,5	3 094,2	–303,9
36	–	Konsum[3]	3 223,8	–	358,0	2 865,8	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,6	–	57,6	–
38	=	Sparen	326,0	63,4	–23,5	286,1	–303,9

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumaus-gaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2025

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	4 060,2	2 749,3	479,6	831,2	–
2	–	Abschreibungen	912,7	504,8	122,4	285,5	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	3 147,5	2 244,5	357,2	545,8	–207,9
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 425,2	1 760,6	367,3	297,2	21,3
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	45,3	32,7	0,3	12,3	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	70,3	66,6	0,2	3,5	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	747,2	517,8	–10,3	239,7	–229,2
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 431,7	–	–	2 431,7	14,7
9	–	geleistete Subventionen	65,9	–	65,9	–	4,5
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	461,6	–	461,6	–	5,3
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	1 097,0	1 000,1	49,3	47,5	464,7
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	1 246,5	705,2	36,6	504,8	315,2
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 724,2	222,9	372,7	3 128,6	–363,2
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	576,7	132,8	–	444,0	15,7
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	591,7	–	591,7	–	0,7
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	957,8	–	–	957,8	3,8
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	958,0	156,8	800,4	0,8	3,6
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	816,9	84,4	731,6	0,8	0,7
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	808,2	–	–	808,2	9,4
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	491,7	309,5	96,8	85,4	94,5
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	426,4	255,0	36,0	135,4	159,8
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 665,3	108,0	972,3	2 585,1	–304,4
23	–	Konsumausgaben	3 340,0	–	985,6	2 354,3	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,6	–	57,6	–
25	=	Sparen	325,4	50,3	–13,4	288,4	–304,4
26	–	geleistete Vermögenstransfers	107,3	22,3	68,7	16,3	6,4
27	+	empfangene Vermögenstransfers	90,2	49,7	20,6	19,9	23,5
28	–	Bruttoinvestitionen	933,7	526,1	136,5	271,1	–
29	+	Abschreibungen	912,7	504,8	122,4	285,5	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	14,7	15,0	–0,5	0,2	–14,7
31	=	Finanzierungssaldo	272,6	41,5	–75,1	306,2	–272,6
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 665,3	108,0	972,3	2 585,1	–304,4
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	620,9	–	620,9	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	620,9	–	–	620,9	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 665,3	108,0	351,3	3 206,0	–304,4
36	–	Konsum[3]	3 340,0	–	364,7	2 975,3	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,6	–	57,6	–
38	=	Sparen	325,4	50,3	–13,4	288,4	–304,4

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumaus-gaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2026

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	4 201,1	2 850,2	494,9	856,0	–
2	–	Abschreibungen	944,0	524,6	126,2	293,3	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	3 257,1	2 325,6	368,7	562,7	–201,0
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 503,4	1 817,3	379,4	306,8	21,4
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	49,6	35,7	0,3	13,5	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	71,1	67,4	0,2	3,5	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	775,2	540,1	–10,8	246,0	–222,5
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 509,7	–	–	2 509,7	15,2
9	–	geleistete Subventionen	66,7	–	66,7	–	4,5
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	478,5	–	478,5	–	5,3
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	1 137,4	1 036,4	52,4	48,7	513,1
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	1 292,7	731,2	37,9	523,6	357,8
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 851,9	234,9	386,5	3 230,5	–361,7
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	599,9	141,3	–	458,6	16,4
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	615,5	–	615,5	–	0,7
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	993,8	–	–	993,8	3,9
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	994,1	161,3	831,9	0,8	3,6
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	848,7	85,7	762,3	0,8	0,7
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	839,9	–	–	839,9	9,6
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	510,3	325,1	101,2	84,0	96,9
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	445,5	272,1	38,0	135,4	161,7
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 794,2	116,3	1 008,4	2 669,4	–304,0
23	–	Konsumausgaben	3 449,7	–	1 016,3	2 433,3	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
25	=	Sparen	344,5	58,7	–7,9	293,7	–304,0
26	–	geleistete Vermögenstransfers	110,2	30,1	63,2	16,9	6,2
27	+	empfangene Vermögenstransfers	92,6	50,8	21,4	20,4	23,7
28	–	Bruttoinvestitionen	984,5	551,1	150,3	283,1	–
29	+	Abschreibungen	944,0	524,6	126,2	293,3	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	14,7	15,0	–0,5	0,2	–14,7
31	=	Finanzierungssaldo	271,7	37,9	–73,4	307,2	–271,7
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 794,2	116,3	1 008,4	2 669,4	–304,0
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	646,1	–	646,1	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	646,1	–	–	646,1	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 794,2	116,3	362,4	3 315,5	–304,0
36	–	Konsum[3]	3 449,7	–	370,3	3 079,4	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
38	=	Sparen	344,5	58,7	–7,9	293,7	–304,0

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumaus-gaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A16

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2023	2024	2025	2026	2024		2025	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,7	0,4	0,1	0,1	0,4	0,3	0,1	0,1
Arbeitsvolumen	0,4	0,2	–0,1	0,1	0,1	0,3	–0,5	0,3
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	–0,4	–0,1	–0,2	0,0	–0,3	0,0	–0,6	0,2
Produktivität[1]	–0,6	–0,2	1,1	1,3	–0,3	0,0	1,1	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	–0,3	0,0	1,0	1,4	–0,2	0,3	0,6	1,4
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd EUR								
Konsumausgaben	3 110,8	3 223,8	3 340,0	3 449,7	1 573,6	1 650,2	1 624,9	1 715,1
private Haushalte[2]	2 205,6	2 274,1	2 354,3	2 433,3	1 112,3	1 161,8	1 144,9	1 209,4
Staat	905,2	949,7	985,6	1 016,3	461,3	488,4	479,9	505,7
Anlageinvestitionen	899,9	899,7	929,7	981,5	438,3	461,4	447,2	482,5
Bauten	466,1	460,9	463,1	483,8	230,2	230,7	226,6	236,5
Ausrüstungen	275,7	269,7	289,5	312,8	127,2	142,5	135,5	154,0
sonstige Anlageinvestitionen	158,0	169,1	177,1	184,9	80,9	88,2	85,1	92,0
Vorratsveränderung[3]	7,2	7,3	4,0	3,0	6,5	0,8	8,2	–4,2
inländische Verwendung	4 017,9	4 130,8	4 273,6	4 434,2	2 018,4	2 112,4	2 080,2	2 193,4
Außenbeitrag	167,7	211,1	207,9	201,0	113,7	97,4	112,9	95,0
Exporte	1 816,6	1 836,0	1 908,2	2 011,1	911,3	924,7	937,8	970,4
Importe	1 649,0	1 625,0	1 700,3	1 810,1	797,6	827,4	824,9	875,4
Bruttoinlandsprodukt	4 185,6	4 341,9	4 481,6	4 635,2	2 132,1	2 209,8	2 193,2	2 288,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	5,6	3,6	3,6	3,3	4,0	3,3	3,3	3,9
private Haushalte[2]	6,3	3,1	3,5	3,4	3,4	2,8	2,9	4,1
Staat	4,1	4,9	3,8	3,1	5,6	4,3	4,0	3,6
Anlageinvestitionen	4,9	0,0	3,3	5,6	–0,8	0,7	2,0	4,6
Bauten	4,4	–1,1	0,5	4,5	–1,4	–0,9	–1,6	2,5
Ausrüstungen	4,8	–2,2	7,3	8,1	–4,1	–0,3	6,5	8,0
sonstige Anlageinvestitionen	6,2	7,0	4,7	4,4	7,0	7,0	5,2	4,3
Inländische Verwendung	4,2	2,8	3,5	3,8	2,3	3,3	3,1	3,8
Exporte	0,4	1,1	3,9	5,4	–0,5	2,7	2,9	4,9
Importe	–3,6	–1,5	4,6	6,5	–4,1	1,2	3,4	5,8
Bruttoinlandsprodukt	5,9	3,7	3,2	3,4	3,6	3,9	2,9	3,6
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP: Außenbeitrag	4,0	4,9	4,6	4,3	5,3	4,4	5,1	4,2
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)								
a) Mrd EUR								
Konsumausgaben	2 676,9	2 699,9	2 733,9	2 767,4	1 332,6	1 367,4	1 346,1	1 387,8
private Haushalte[2]	1 881,9	1 890,0	1 912,9	1 936,7	930,4	959,6	938,0	974,9
Staat	795,2	810,3	821,4	831,1	402,3	407,9	408,4	413,0
Anlageinvestitionen	730,8	712,7	726,7	754,9	348,0	364,7	350,0	376,7
Bauten	346,4	333,2	331,7	341,1	166,9	166,3	162,6	169,1
Ausrüstungen	239,3	229,2	241,2	255,5	108,3	120,9	113,1	128,1
sonstige Anlageinvestitionen	147,4	153,9	159,1	164,3	73,8	80,1	76,4	82,7
inländische Verwendung	3 442,9	3 430,3	3 479,0	3 541,2	1 693,7	1 736,6	1 711,4	1 767,5
Exporte	1 526,8	1 530,0	1 571,9	1 636,4	761,9	768,1	775,1	796,8
Importe	1 352,0	1 341,5	1 395,8	1 471,1	659,3	682,2	679,8	716,0
Bruttoinlandsprodukt	3 615,5	3 617,2	3 653,1	3 704,5	1 795,9	1 821,4	1 805,8	1 847,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	–0,3	0,9	1,3	1,2	1,0	0,8	1,0	1,5
private Haushalte[2]	–0,4	0,4	1,2	1,2	0,4	0,4	0,8	1,6
Staat	–0,1	1,9	1,4	1,2	2,2	1,6	1,5	1,2
Anlageinvestitionen	–1,2	–2,5	2,0	3,9	–3,2	–1,8	0,6	3,3
Bauten	–3,4	–3,8	–0,5	2,8	–4,1	–3,5	–2,6	1,7
Ausrüstungen	–0,8	–4,2	5,2	5,9	–6,1	–2,4	4,5	5,9
sonstige Anlageinvestitionen	4,7	4,4	3,4	3,3	4,6	4,2	3,5	3,3
inländische Verwendung	–0,4	–0,4	1,4	1,8	–0,9	0,2	1,0	1,8
Exporte	–0,3	0,2	2,7	4,1	–0,9	1,4	1,7	3,7
Importe	–0,6	–0,8	4,0	5,4	–2,6	1,1	3,1	5,0
Bruttoinlandsprodukt	–0,3	0,0	1,0	1,4	–0,2	0,3	0,6	1,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2023	2024	2025	2026	2024		2025	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
private Konsumausgaben[2]	6,7	2,7	2,3	2,1	2,9	2,4	2,1	2,5
Konsumausgaben des Staates	4,2	3,0	2,4	1,9	3,3	2,6	2,5	2,3
Anlageinvestitionen	6,1	2,5	1,3	1,6	2,5	2,6	1,4	1,2
Bauten	8,1	2,8	1,0	1,6	2,8	2,7	1,1	0,8
Ausrüstungen	5,7	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	1,9	2,0
Exporte	0,7	0,9	1,2	1,2	0,4	1,3	1,2	1,2
Importe	–3,0	–0,7	0,6	1,0	–1,5	0,1	0,3	0,8
Bruttoinlandsprodukt	6,1	3,7	2,2	2,0	3,8	3,5	2,3	2,1
5 Einkommensentstehung und -verteilung								
a) Mrd EUR								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2 896,0	3 015,3	3 128,6	3 230,5	1 478,5	1 536,8	1 526,3	1 602,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	383,0	402,2	422,6	436,5	193,6	208,6	203,7	218,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 846,0	1 943,1	2 009,1	2 073,1	931,0	1 012,1	963,0	1 046,1
übrige Primäreinkommen[4]	667,0	670,0	696,9	720,9	353,9	316,1	359,6	337,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	578,2	591,9	595,5	621,4	270,7	321,3	272,1	323,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 474,2	3 607,3	3 724,2	3 851,9	1 749,2	1 858,1	1 798,4	1 925,8
Abschreibungen	858,0	885,0	912,7	944,0	440,5	444,5	454,0	458,7
Bruttonationaleinkommen	4 332,2	4 492,2	4 636,9	4 795,9	2 189,7	2 302,5	2 252,4	2 384,5
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3 134,5	3 226,0	3 328,5	3 440,2	1 557,9	1 668,0	1 600,2	1 728,3
Arbeitnehmerentgelt	2 229,0	2 345,4	2 431,7	2 509,7	1 124,6	1 220,7	1 166,7	1 265,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	905,4	880,6	896,8	930,5	433,3	447,3	433,5	463,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	6,0	4,1	3,8	3,3	4,6	3,6	3,2	4,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,0	5,0	5,1	3,3	4,9	5,1	5,2	4,9
Bruttolöhne und -gehälter	7,4	5,3	3,4	3,2	6,1	4,5	3,4	3,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	6,4	4,8	3,2	3,0	5,6	4,1	3,2	3,2
übrige Primäreinkommen[4]	3,5	0,4	4,0	3,4	0,8	0,1	1,6	6,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,6	2,4	0,6	4,3	–1,8	6,2	0,5	0,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	5,3	3,8	3,2	3,4	3,6	4,1	2,8	3,6
Abschreibungen	7,6	3,1	3,1	3,4	3,2	3,1	3,1	3,2
Bruttonationaleinkommen	5,7	3,7	3,2	3,4	3,5	3,9	2,9	3,6
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	6,8	2,9	3,2	3,4	2,5	3,3	2,7	3,6
Arbeitnehmerentgelt	6,8	5,2	3,7	3,2	5,9	4,6	3,7	3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,7	–2,7	1,8	3,8	–5,5	0,1	0,0	3,6
6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2]								
a) Mrd EUR								
Masseneinkommen	1 857,9	1 952,2	2 011,7	2 076,5	944,4	1 007,8	972,8	1 038,9
Nettolöhne und -gehälter	1 286,5	1 348,5	1 380,5	1 420,6	644,7	703,8	657,6	722,9
monetäre Sozialleistungen	730,6	773,0	808,2	839,9	382,8	390,1	402,6	405,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	159,2	169,3	176,9	183,9	83,1	86,2	87,4	89,6
übrige Primäreinkommen[4]	667,0	670,0	696,9	720,9	353,9	316,1	359,6	337,3
sonstige Transfers (Saldo)[5]	–120,5	–119,6	–123,5	–128,0	–58,8	–60,8	–61,0	–62,5
Verfügbares Einkommen	2 404,4	2 502,5	2 585,1	2 669,4	1 239,5	1 263,0	1 271,4	1 313,7
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,7	57,6	57,6	57,7	28,0	29,6	28,0	29,6
Konsumausgaben	2 205,6	2 274,1	2 354,3	2 433,3	1 112,3	1 161,8	1 144,9	1 209,4
Sparen	256,5	286,1	288,4	293,7	155,2	130,8	154,5	133,9
Sparquote (%)[6]	10,4	11,2	10,9	10,8	12,2	10,1	11,9	10,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	8,4	5,1	3,0	3,2	6,4	3,9	3,0	3,1
Nettolöhne und -gehälter	9,5	4,8	2,4	2,9	6,6	3,2	2,0	2,7
monetäre Sozialleistungen	6,1	5,8	4,6	3,9	6,2	5,4	5,2	4,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,9	6,3	4,5	3,9	7,3	5,4	5,2	3,9
übrige Primäreinkommen[4]	3,5	0,4	4,0	3,4	0,8	0,1	1,6	6,7
Verfügbares Einkommen	6,9	4,1	3,3	3,3	4,7	3,5	2,6	4,0
Konsumausgaben	6,3	3,1	3,5	3,4	3,4	2,8	2,9	4,1
Sparen	8,1	11,5	0,8	1,8	14,1	8,6	–0,5	2,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2023	2024	2025	2026	2024		2025	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates[7]								
a) Mrd EUR								
Einnahmen								
Steuern	957,6	1 007,3	1 053,2	1 094,0	486,7	520,6	510,9	542,3
Nettosozialbeiträge	709,9	756,2	800,4	831,9	364,2	392,0	384,6	415,8
Vermögenseinkommen	31,4	34,7	36,6	37,9	17,2	17,5	18,2	18,3
sonstige Transfers	33,4	34,0	36,0	38,0	13,7	20,3	14,7	21,3
Vermögenstransfers	19,4	19,8	20,6	21,4	8,4	11,4	8,6	12,0
Verkäufe	165,5	178,6	191,1	204,7	83,2	95,4	88,6	102,6
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 917,4	2 030,8	2 138,1	2 228,1	973,5	1 057,3	1 025,7	1 112,4
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	626,4	664,3	697,5	726,5	320,4	343,9	337,9	359,6
Arbeitnehmerentgelt	337,6	354,6	367,3	379,4	169,1	185,5	174,4	192,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,6	45,0	49,3	52,4	22,7	22,3	25,2	24,1
Subventionen	84,5	62,6	65,9	66,7	25,5	37,1	27,6	38,3
monetäre Sozialleistungen	657,0	698,0	731,6	762,3	345,2	352,7	363,2	368,4
sonstige laufende Transfers	91,9	91,3	96,8	101,2	42,9	48,4	45,9	50,9
Vermögenstransfers	74,4	76,2	68,7	63,2	30,5	45,7	26,0	42,8
Bruttoinvestitionen	117,1	126,6	136,5	150,3	55,5	71,2	59,3	77,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–0,5	–0,5	–0,5	–0,5	–0,2	–0,3	–0,2	–0,3
Insgesamt	2 025,0	2 118,2	2 213,2	2 301,5	1 011,6	1 106,6	1 059,2	1 154,0
Finanzierungssaldo	–107,5	–87,4	–75,1	–73,4	–38,1	–49,3	–33,5	–41,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	–0,3	5,2	4,6	3,9	3,6	6,7	5,0	4,2
Nettosozialbeiträge	6,4	6,5	5,8	3,9	6,5	6,6	5,6	6,1
Vermögenseinkommen	68,7	10,5	5,3	3,8	8,1	13,1	5,6	5,1
sonstige Transfers	14,5	1,7	5,9	5,6	–6,7	8,3	7,3	4,9
Vermögenstransfers	5,6	1,9	4,0	3,9	–1,8	4,8	2,8	4,8
Verkäufe	4,6	7,9	7,0	7,1	6,2	9,4	6,4	7,5
sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	3,5	5,9	5,3	4,2	4,7	7,0	5,4	5,2
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	3,2	6,0	5,0	4,2	6,6	5,6	5,5	4,6
Arbeitnehmerentgelt	5,3	5,0	3,6	3,3	5,1	5,0	3,1	4,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,2	23,1	9,5	6,2	31,9	15,4	11,0	8,1
Subventionen	25,3	–26,0	5,3	1,3	–39,8	–12,1	8,3	3,2
monetäre Sozialleistungen	7,0	6,2	4,8	4,2	6,7	5,8	5,2	4,4
sonstige laufende Transfers	–17,5	–0,6	6,0	4,6	–2,7	1,4	7,0	5,2
Vermögenstransfers	–4,4	2,4	–9,8	–8,1	2,9	2,1	–15,0	–6,4
Bruttoinvestitionen	4,4	8,1	7,8	10,2	9,8	6,9	6,9	8,4
Nettozugang an nichtprod Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	4,5	4,6	4,5	4,0	4,4	4,8	4,7	4,3
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP: Finanzierungssaldo des Staates	–2,6	–2,0	–1,7	–1,6	–1,8	–2,2	–1,5	–1,8

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde
[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck
[3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen
[4] Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen
[5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers
[6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)
[7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
[8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2024: Prognose des IWH.

Impressum

Herausgeber:
Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion
Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 765
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.
Titelbild: Robin Röcker @robinrocker,
www.unsplash.com
Konjunktur aktuell, 12. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 04.09.2024
ISSN 2195-8319

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.

Leibniz
Gemeinschaft

Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.